



Für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit

EU-Agrarpolitik und Weltagrарhandel

Globale Agrarmärkte oder lokale Ernährungssouveränität

- Was hat unser Essen mit EU-Politik zu tun?
- Wie können gesunde Lebensmittel für alle produziert werden, ohne Umwelt und Menschen zu schaden?
- Welche Auswirkungen hat ein globalisierter Handel mit Nahrungsmitteln auf die weltweite Ernährungssicherheit?
- Welche Rolle spielen bilaterale Handelsabkommen wie TTIP für Verbraucher- und Umweltschutz?

EU-Agrarpolitik und Weltagrarrhandel

Inhalt	2
Vorwort	3
EU-Agrarpolitik	
1. Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU	4
2. Was regelt die Gemeinsame Agrarpolitik der EU?	4
3. Herausforderungen für die Agrarpolitik	6
3.1. Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft – zu welchem Preis?	6
3.2. Umwelt- und Gesundheitsschäden der industriellen Landwirtschaft	6
3.3. Was ist anders an der biologischen Landwirtschaft?	8
3.4. Agrardumping auf Kosten von Kleinbauern/Kleinbäuerinnen	9
3.5. Europäische Milchproduktion – Überproduktion mit System	9
3.6. Fleischproduktion in der EU – Umwelt- und Marktzerstörung im Süden	10
4. Politische Antworten auf die Herausforderungen	14
4.1. Die beiden Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU	14
4.2. GAP-Reform 2013 – ein kleiner Schritt für die Ökologisierung der Landwirtschaft	15
4.3. Kritik von Nichtregierungsorganisationen an der GAP-Reform	16
4.4. Unterschiedliche Interessen	16
Weltagrarrhandel	17
1. Entwicklung des weltweiten Handels	17
2. Freihandel – pro und contra	18
3. Grundlagen des WTO-Rechts	19
4. WTO-Verhandlungen zum Weltagrarrhandel	19
4.1. Die Uruguay-Runde und das Agreement on Agriculture	20
4.2. Die Doha-Runde – Enttäuschte Erwartungen und minimale Fortschritte	22
4.3. Sozialstandards in der WTO – Schutz vor Sozialdumping oder schädlicher Handelsprotektionismus?	23
5. Bilaterale Handelsabkommen	23
5.1. Das Handelsabkommen zwischen EU und AKP-Ländern	23
5.2. TTIP – Freihandelsinteressen stoßen auf enormen gesellschaftlichen Widerstand	24
6. Agrarhandelsliberalisierung und die Folgen	27
7. Warum treten Entwicklungsländer überhaupt der WTO bei und schließen bilaterale Wirtschaftsabkommen ab?	29
8. Agrarspekulationen auf Kosten der Hungernden	30
9. Die Marktmacht der Global Player	31
10. Fairer Handel – was ist das?	32
Ausblick: Ein anderes Agrarsystem ist möglich!	33
Aktionsvorschläge	34
Filme und Bücher	35
Materialien für den Unterricht	35
Internetportale und Institutionen	35

Tabellen und Exkurse

1. Steckbrief: Landwirtschaft in Deutschland	5
2. Der zu große Flächenfußabdruck	12
3. 1. Säule: Marktpolitik	14
4. 2. Säule: Ausgleichspolitik	14
5. Die größten Agrar-Ex- und Importeure der Welt	17
6. Das Streitschlichtungsverfahren der WTO (Dispute Settlement Body)	19
7. Durch das Agreement on Agriculture vereinbarte Senkung von Zöllen und Subventionen	20
8. Subventions-Kategorien laut Agreement on Agriculture (Grüne, Gelbe, Blaue Box)	20
9. Das Recht auf Nahrung und der Welthandel	21
10. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Entwicklungspolitische Forderungen an die Doha-Runde	22
11. Das steht für die europäische Ernährung und Landwirtschaft durch TTIP auf dem Spiel	26
12. Tortilla-Krise in Mexiko	28
13. Bioenergieförderung in Europa	28
14. Globaler Nahrungsmittelhandel – Sinn oder Unsinn in Zeiten des Klimawandels?	29

Vorwort

Was wir täglich essen, wächst größtenteils nicht mehr auf Feldern aus der eigenen Region. Der Handel mit Lebensmitteln hat sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend globalisiert. Äpfel aus Argentinien, Weintrauben aus Südafrika, Zwiebeln aus China – das ist heutzutage Alltag in vielen Supermärkten.

Was wir essen und wie unser Essen angebaut und verkauft wird, hat viel mit Politik zu tun – der Lebensmittelmarkt ist reguliert durch globale und bilaterale Abkommen, beeinflusst durch zahlreiche nationale und europäische Förderprogramme und Subventionen.

Und gleichzeitig ist es ein Thema, das jede/n hautnah betrifft. Kaufentscheidungen von uns als KonsumentInnen haben Auswirkungen. Wählen wir Lebensmittel, die möglichst billig sind, dann sollten wir wissen, dass Bäuerinnen und Bauern oft von den niedrigen Preisen, die sie für ihre Produkte bekommen, nicht mehr leben können und dass grundlegende Arbeitsrechte von LandarbeiterInnen, die unseren Kaffee oder Kakao produzieren, verletzt werden. Auch müssen wir dabei in Kauf nehmen, dass Kinderarbeit auf diesen Plantagen noch weit verbreitet ist, dass Rückstände giftiger Pestizide in unseren Lebensmitteln vorkommen und eine zunehmend zerstörte Umwelt „der Preis für den niedrigen Preis“ ist.

Oder zahlen wir lieber einen höheren Preis, kaufen Bio-Lebensmittel aus der Region, schließen uns der solidarischen Landwirtschaft an und beziehen Importprodukte aus fairem Handel? Dann wissen wir, dass wir einen kleinen Beitrag für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, für gesunde Lebensmittel und menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft geleistet haben.

Dieses Heft soll einen Einblick geben in die vielen Verflechtungen und widersprüchlichen Interessenslagen von VerbraucherInnen, Industrie, Handel und LandwirtInnen hier und in den sogenannten Entwicklungsländern.¹

Politische Zusammenhänge, Abhängigkeiten und die Frage der demokratischen Kontrolle zeigen sich deutlich am Weltagrарhandel und in der Ausrichtung der EU-Agrарpolitik. Die Entscheidungen in der EU und bei der Welthandelsorganisation WTO haben intensive Folgen für die Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern und die Frage, ob der Hunger weltweit zu- oder abnimmt. Wer globale Fluchtursachen bekämpfen will, muss sich auch damit beschäftigen, welche negativen Folgen die globale Agrар- und Handelspolitik auf die Lebensbedingungen in den armen Ländern hat – und wie sich daran etwas ändern kann. Denn hohe



© Africa Studio/fotolia.com

Subventionen für die Landwirtschaft in den Industrieländern und der gleichzeitige Druck auf Entwicklungsländer, ihre Märkte für Importprodukte zu öffnen, konfrontieren kleinbäuerliche ProduzentInnen mit einem Preiskampf, den sie unter den gegebenen Bedingungen häufig verlieren.

Wie kann eine Landwirtschaft gefördert werden, die die Umwelt schont, landwirtschaftliche Arbeitsplätze hier und weltweit erhält und gleichzeitig auf wirtschaftliche Weise die steigende Nachfrage nach Agrарgütern bedient? Das sind Fragen, die nicht nur wenige Agrарpolitik-ExpertInnen, sondern letztlich uns alle angehen.

Dieses Heft wurde vorwiegend als Hintergrundinformation für SchülerInnen und LehrerInnen konzipiert. Das Heft enthält Aufgaben, Arbeitsaufträge und Ideen für den Unterricht und bietet eine Grundlage für weitere Recherchen zu diesem Themenbereich. Die meisten der angegebenen Quellen und weiterführenden Publikationen sind im Internet über Suchmaschinen verfügbar.

Im Rahmen unseres BIOPOLI-Bildungsprojektes können Sie übrigens unsere ReferentInnen einladen (siehe Hefrückseite). Wir freuen uns über ein Feedback zu diesem Heft an: info@agrarkoordination.de

**Ihr Team der
Agrар Koordination**

¹ Der Begriff der Entwicklungsländer wird hier verwendet, weil er weit verbreitet ist. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass dieser Begriff problematisch ist, da er auf einer eindimensionalen Vorstellung von Entwicklung basiert und sehr kontrovers diskutiert wird. Entwicklung wird in dieser Perspektive so ausgelegt, dass sich die sogenannten Entwicklungsländer in Richtung der Industrieländer entwickeln sollen. Alternative Konzepte und Vorstellungen haben hier keinen Raum.

EU-Agrarpolitik

1. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU

Was wir täglich essen und wie unsere Nahrungsmittel produziert und gehandelt werden, wird durch diverse politische Regulierungen und Förderprogramme gesteuert. Seit Beginn der europäischen Integration 1963 ist die Agrarpolitik eines der größten und am stärksten integrierten Aufgabenfelder. Das heißt, in diesem Politikfeld werden Entscheidungen und Gesetze fast ausschließlich auf Ebene der Staatengemeinschaft getroffen und dann in den Nationalstaaten innerhalb ausgehandelter

Handlungsspielräume umgesetzt. Die EU schafft so einen großen Binnenmarkt zwischen den Mitgliedsstaaten, der gegenüber dem Weltmarkt abgegrenzt werden kann. Die Rahmenbedingungen für Handelsbeziehungen mit dem Weltmarkt können gemeinsam festgelegt werden. Obwohl die Mitgliedsstaaten sehr unterschiedliche strukturelle und geographische Voraussetzungen sowie wirtschaftliche Zielsetzungen mitbringen, eint sie das Interesse an einem gemeinsamen Binnenmarkt.

2. Was regelt die Gemeinsame Agrarpolitik der EU?

Durch Verteilung von Steuergeldern über Maßnahmen wie Subventionen und Förderprogramme beabsichtigt die Politik, Entwicklungen in der Landwirtschaft zu lenken und die Erzeugung von Nahrungsmitteln zu beeinflussen.

Der Anteil der Agrarausgaben am EU-Haushalt ist, auch durch wachsende Bedeutung anderer Politikbereiche, immer mehr zurückgegangen – von nahezu 70 % in den siebziger Jahren auf rund 28 % im Zeitraum 2014 bis 2020. Dennoch nimmt der Agrarhaushalt immer noch einen großen Stellenwert ein – im Jahr 2016 umfasste er ca. 143,9 Mrd. Euro.² Damit hat die EU immer noch ein großes Potenzial, die Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben wird, zu beeinflussen.

Die Ziele der EU-Agrarpolitik haben sich über die Zeit immer wieder verändert und ihren Rechtsrahmen durch regelmäßige Reformprozesse angepasst. In der Nachkriegszeit bestand das Hauptziel darin, die Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen. Da damals eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung für die Bevölkerung erreicht werden musste, wurden vor allem Maßnahmen ergriffen, um die Produktivität der Landwirtschaft zu erhöhen. Wichtigstes Instrument dieser Zeit bis Anfang der 90er Jahre war die Festlegung von **garantierten Mindestpreisen** für landwirtschaftliche Produkte. Überschüsse, die zu einem Preisverfall führen könnten, wurden mit EU-Geldern aufgekauft und eingelagert. Durch **Zölle** wurde verhindert, dass landwirtschaftliche Produkte aus anderen Teilen der Welt günstiger als zu Garantiepreisen auf den EU-Markt gelangten. Um die Kosten für die öffentliche Lagerhaltung gering zu halten, wurden **Exportsubventionen** eingeführt. Diese dienten den exportierenden Unternehmen zum Ausgleich der Differenz zwischen dem internen Mindestpreis und dem niedrigeren Weltmarktpreis.

Diese Agrarpolitik hatte eine massive Überproduktion zur Folge, die in den 1980er Jahren zu den sprichwörtlichen

Milchseen und Butterbergen führten.

Mittlerweile geht es verstärkt um die Wettbewerbsfähigkeit und Beteiligung der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft auf dem weltweiten Markt. Agrarpolitische Maßnahmen begünstigen Großbetriebe, die durch die Produktion für den Export weitere Wachstumsmöglichkeiten ausschöpfen. Außerdem wurden Regelungen zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit immer wichtiger. Denn in den Wertschöpfungsketten vom Acker bis zum Teller sind für die KundInnen zunehmend unübersichtliche, überregionale Strukturen entstanden, so dass zur Transparenz und Qualität Vorgaben entwickelt wurden. Hinzu kommen Maßnahmen zum Tierschutz und zur Bewältigung von Umweltherausforderungen wie Klimawandel, Wasserbewirtschaftung, Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen für z.B. Energie und den Erhalt der Biodiversität. Eine zunehmende „Verstädterung“ macht speziell die Unterstützung ländlicher Gebiete notwendig, aus denen ohne Förderung von Infrastruktur und Konzepte zur Entwicklung der Regionen Menschen und Unternehmen weiter in die Städte abwandern.



© countrypixel/fotolia.com

Steckbrief: Landwirtschaft in Deutschland³

Fläche:

Von der Gesamtfläche Deutschlands – 35,7 Mio. Hektar – wurde im Jahr 2014 etwas weniger als die Hälfte – ca. 16,7 Mio. Hektar – als landwirtschaftliche Fläche genutzt.⁴

Landwirtschaftliche Betriebe:

Im Jahr 2013 gab es in Deutschland rund 285 000 landwirtschaftliche Betriebe. Im Vergleich zu 1991 ging die Zahl der Betriebe um mehr als die Hälfte zurück.

Betriebsgrößen:

Durchschnittlich bewirtschaftete ein landwirtschaftlicher Betrieb 2014 ca. 58,3 ha – im Vergleich zu 52 ha im Jahr 2007. Dabei werden 57 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche mittlerweile von Betrieben bewirtschaftet, die über mehr als 100 ha Fläche verfügen. Die Zahl der Betriebe mit über 100 ha nimmt kontinuierlich zu, während die Zahl der Betriebe mit unter 100 ha kontinuierlich abnimmt.

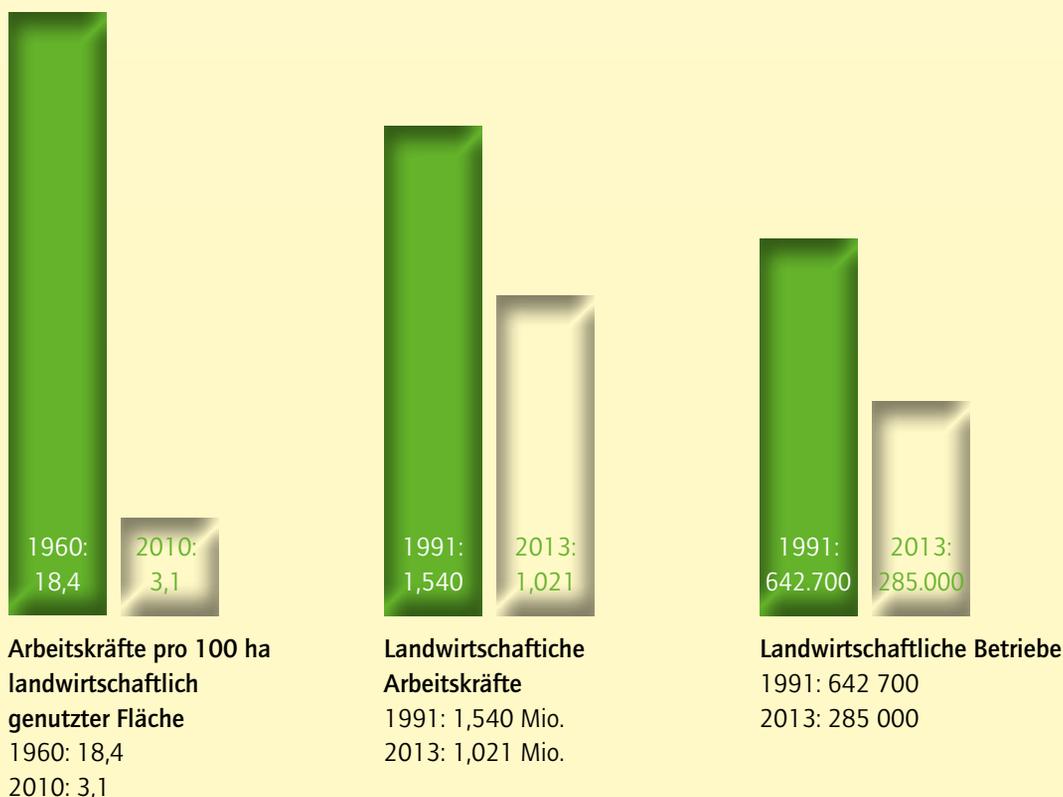
Beschäftigung:

In Deutschland waren im Jahr 2013 rund 1,021 Mio. Menschen haupt- oder nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig. In der gesamten Agrar- und Ernährungswirtschaft mit den sogenannten vor- und nachgelagerten Bereichen der Landwirtschaft arbeiten rund 4,5 Mio. Menschen, also rund 11 % der Erwerbstätigen. Darin enthalten sind Verarbeitung, Gastronomie und Lebensmittelhandel sowie Wirtschaftsbereiche, von denen die Landwirtschaft ihre Inputs kauft, wie z.B. Landtechnik, Saatgut- und Futtermittelhandel oder Düngemittelkonzerne.

Strukturwandel:

Die im Laufe der letzten Jahrzehnte kontinuierliche Abnahme der Zahl der Bauernhöfe und die Zunahme der Flächenausstattung der übrigen Betriebe wird Strukturwandel genannt. Dies wurde durch politische Entscheidungen verschärft, indem die Intensivierung der Produktion gefördert wurde und Maßnahmen zur Erreichung niedriger Produktpreise den Wettbewerb und Kostendruck erhöhten.

Strukturwandel in der Landwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt/ BMEL

³ Quelle der Zahlenangaben: Deutscher Bauernverband e.V. (2015): Situationsbericht 2015/2016 – Trends und Fakten zur Landwirtschaft

⁴ 1 Hektar (ha) = 0,01 km² = 100x100 m – das entspricht in etwa der Größe eines Fußballfeldes

3. Herausforderungen für die Agrarpolitik

3.1. Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft – zu welchem Preis?

Die Produktivität der Landwirtschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland und anderen europäischen Ländern stark angestiegen. Das verdeutlichen Zahlen zur Entwicklung des Getreideanbaus, der mit 59% der Fläche den größten Teil des Ackerlandes einnimmt. Während zum Beispiel vor gut hundert Jahren nur 18,5 Dezitonnen pro Hektar (dt/ha) geerntet wurden, waren es 1985 gut 60 dt/ha und heutzutage rund 75 dt/ha (1 Dezitonne= 100kg).⁵ Für diese Produktivitätssteigerungen werden verschiedene Faktoren verantwortlich gemacht, u.a. Veränderungen bei der Tier- und Pflanzenzüchtung sowie Wachstum und eine stärkere Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Bei der Produktion tierischer Lebensmittel spielen auch Veränderungen bei der Fütterung (zunehmender Einsatz von Sojafuttermitteln) eine Rolle.

Wichtige Faktoren sind zudem der stark gestiegene Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden in den vergangenen Jahrzehnten. Während in Deutschland zum Beispiel im Jahr 1950 512 tausend Tonnen Stickstoff-Dünger eingesetzt wurden, waren es im Jahr 2000 2,014 Millionen Tonnen.⁶ Und während im Jahr 1970 knapp 20 000 Tonnen Pestizide in Deutschland gespritzt wurden, sind es heutzutage jährlich

rund 40 000 Tonnen.⁷

Parallel zu dieser Produktivitätssteigerung haben die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten einen immer kleineren Anteil ihrer Konsumausgaben für Lebensmittel verwendet. Während im Jahr 1900 der Kauf von Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren 57% der Konsumausgaben der Deutschen ausgemacht haben, waren es im Jahr 1960 38% und im Jahr 2015 nur noch 13,6%.⁸

Das liegt unter anderem auch daran, dass durch die veränderten Produktionsbedingungen Nahrungsmittel immer günstiger geworden sind.

So positiv diese Entwicklungen auf den ersten Blick wirken, haben die Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft doch einen hohen gesamtgesellschaftlichen Preis. Zwar zahlen die einzelnen KonsumentInnen heutzutage viel weniger für ihre Lebensmittel als früher. Doch dafür verursacht die Landwirtschaft Kosten, die sich nicht in den Preisen der Lebensmittel im Supermarkt widerspiegeln. Es handelt sich um Kosten für Umwelt- und Gesundheitsschäden der industriellen Landwirtschaft, die letztlich alle SteuerzahlerInnen tragen.

3.2. Umwelt- und Gesundheitsschäden der industriellen Landwirtschaft

Die industrielle Landwirtschaft verursacht auf verschiedene Weise Umwelt- und Gesundheitsschäden. Zu den größten derzeitigen Problemen gehören:

- **Gesundheitsprobleme durch Massentierhaltung:**

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Art der Nutztierhaltung stark verändert. Die Betriebe sind stark gewachsen – es werden immer mehr Tiere pro Betrieb gehalten. So lebt zum Beispiel ein Großteil der Masthühner in Betrieben mit 50 000 und mehr Tieren. Dort leben sie auf engstem Raum zusammen – häufig müssen sich bis zu 26 Hühner einen Quadratmeter teilen – das entspricht ungefähr der Hälfte eines DIN A4-Blattes pro Huhn.⁹ Nutztiere wurden zudem so gezüchtet, dass sie immer schneller wachsen und immer mehr Leistung bringen – Geflügel soll möglichst schnell Fleisch ansetzen, Kühe sollen immer mehr Milch geben. Diese unnatürlichen Halte- und Züchtungsmethoden sind mit großen Gesundheitsproblemen für Tiere verbunden. Damit geht einher, dass in der Massentierhaltung sehr viele Antibiotika eingesetzt werden, damit die Tiere die schädlichen Haltebedingungen ertragen. Wenn jedoch kontinuierlich zu viele Antibiotika eingesetzt werden, führt

dies zur Entwicklung Antibiotika-resistenter Keime, die auch für Menschen sehr bedrohlich sind. Jährlich sterben in Deutschland mehrere Tausend Menschen an antibiotikaresistenten Keimen – das sind Keime, gegen die Antibiotika nicht mehr wirken.¹⁰



Wenig Platz - das gefällt den Hühnern bestimmt nicht gut!

© Nico Lubaczowski - pixelito.de

⁵ BMEL (2010): Die deutsche Landwirtschaft – Leistungen in Daten und Fakten; topagrar online (2014): Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft setzt sich fort

⁶ Statistisches Bundesamt(2001): 50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland

⁷ Quellen: BUND; BMEL (Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 2006)

⁸ de.statista.com/statistik/daten/studie/75719/umfrage/ausgaben-fuer-nahrungsmittel-in-deutschland-seit-1900/

⁹ albert-schweitzer-stiftung.de/massentierhaltung/masthuehner

¹⁰ www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/multiresistente-keime-mehr-tote-durch-keime-als-durch-krebs-a-1036778.html

- **Überdüngung:** Vor allem in Gegenden, wo viele Nutztiere gehalten werden, ist Stickstoff-Überdüngung verbreitet, denn die (stickstoffhaltige) Gülle der Tiere wird zum Düngen verwendet und die Ackerflächen reichen nicht mehr aus, um die Gülle aus der in den vergangenen Jahrzehnten stark vergrößerten Tierhaltung aufzunehmen. Das verursacht diverse Probleme: Wenn zu viel Stickstoff auf Felder ausgebracht wird, hat dies zur Folge, dass der Stickstoff im Boden zu Lachgas umgewandelt wird. Lachgas ist ein 300 mal wirksameres Treibhausgas als Kohlendioxid.

Zudem führt ein Stickstoffüberschuss zu hohen Nitratkonzentrationen in den angebauten Nahrungsmitteln. Nitrat wird im Darm der Menschen zu gesundheitsgefährdendem Nitrit umgewandelt.

Stickstoffüberdüngung verursacht zudem Belastungen von Grund- und Trinkwasser. Ein zu starker Algenwuchs und Sauerstoffmangel in Oberflächengewässern wie zum Beispiel Seen ist die eine Folge. Eine zu hohe Nitratbelastung von Trinkwasser bzw. hohe Kosten für die Trinkwasseraufbereitung ist eine andere Folge.¹¹



Zu viel Düngung ist schädlich für Umwelt, Klima und die Wasserqualität

- **Biodiversitätsverlust:** Eine zu starke Düngung, der hohe Einsatz von Pestiziden und die Ausbreitung von großflächigen Monokulturen in der Landwirtschaft führen zu einem Verlust an biologischer Vielfalt (Biodiversität). Dies schadet letztlich auch den Menschen, deren Wohlergehen stark mit der biologischen Vielfalt in Verbindung steht.¹²

- **Gesundheitsgefährdung durch Pestizideinsatz:** Pestizide werden in der Landwirtschaft eingesetzt, um



© tanghero5380/fotolia.com

Viele Pestizide sind eine Gefahr für Gesundheit und Umwelt

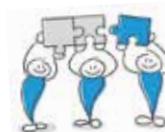
Schädlinge und Unkraut zu bekämpfen, so dass die angebauten Pflanzen besser wachsen. Der Nachteil des Einsatzes chemischer Pestizide ist, dass die meisten auch gesundheitsgefährdend für Menschen sind – manche mehr, manche weniger. Viele wissenschaftliche Studien belegen teils gravierende Gesundheitsschäden, die durch den Pestizideinsatz verursacht wurden, so zum Beispiel Krebs, Missbildungen bei Neugeborenen, neurologische Erkrankungen und Fruchtbarkeitsstörungen.¹³ Besonders betroffen sind LandwirtInnen und AnwohnerInnen von landwirtschaftlichen Gebieten, da sie über die Luft am meisten den gespritzten Pestiziden ausgesetzt sind. Aber auch KonsumentInnen sind betroffen, denn sie nehmen regelmäßig Pestizidrückstände durch Nahrungsmittel zu sich.



Eine Landwirtschaft, die die Biodiversität schont, ist nicht nur für Insekten wichtig

Aufgabe

Recherchieren Sie, warum biologische Vielfalt (auch für die Menschen) wichtig ist und was getan werden sollte, um sie zu erhalten. Stellen Sie die Ergebnisse Ihrer Recherche in einem Referat vor.



¹¹ www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/stickstoff
www.sueddeutsche.de/gesundheit/belastetes-trinkwasser-in-deutschland-es-stinkt-zum-himmel-1.1935790

¹² mehr Infos zum Thema Biodiversität in der Landwirtschaft gibt es in der Biopoli-Mappe „Agrobiodiversität“

¹³ PAN Germany (2014): Pestizide und Gesundheitsgefahren – Daten und Fakten; www.bund.net/themen_und_projekte/chemie/pestizide/gesundheitsgefahren/

3.3. Was ist anders an der biologischen Landwirtschaft?



Die biologische Landwirtschaft hebt sich von der konventionellen/industriellen Landwirtschaft vor allem dadurch ab, dass umweltschonendere Anbaumethoden eingesetzt werden. In der EU gibt es gesetzliche Vorgaben, was in der biologischen Landwirtschaft erlaubt ist. Nur wer diese Kriterien einhält, darf Lebensmittel mit dem Bio-Siegel verkaufen. So ist laut Gesetzgebung in der Biolandwirtschaft der Einsatz von chemischen Pestiziden und mineralischen Düngemitteln sowie der Gentechnik verboten. Es gelten zudem höhere Anforderungen an die Tierhaltung, z.B. im Hinblick auf das Platzangebot und die Fütterung. Damit bietet die ökologische Landwirtschaft bedeutende Vorteile gegenüber den oben geschilderten Problemen der industriellen Landwirtschaft. Es gibt zudem verschiedene Bio-Anbauverbände (z.B. Bioland, Demeter), die eigene, noch strengere Auflagen haben als die gesetzlichen Vorschriften. Unabhängige KontrolleureInnen überprüfen die Einhaltung der Auflagen.

Wie verbreitet ist die Biolandwirtschaft?

Obwohl die Nachfrage nach Biolebensmitteln stetig wächst, hat die Biolandwirtschaft noch einen kleinen Anteil an der gesamten Landwirtschaft in Deutschland. Im Jahr 2013 waren laut statistischem Bundesamt nur 6,3% der landwirtschaftlichen Betriebe Biobetriebe und sie bewirtschafteten 6,3% der landwirtschaftlichen Fläche.¹⁴

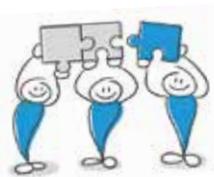


Winterlinse & Winterroggen: Mischkulturen sind in der biologischen Landwirtschaft eine wichtige Methode zur Schädlingsabwehr. Aufgabe: Recherchieren Sie, wie das funktioniert!

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, einen Anteil von 20% Bioanbau in der Landwirtschaft zu erreichen. Doch eine Umstellung auf Bioanbau ist für Bäuerinnen und Bauern auch mit Risiken verbunden. Nichtregierungsorganisationen und Bioanbauverbände kritisieren, dass die Bundesregierung und die Bundesländer zu wenig tun, um den Bio-Anbau bzw. die Umstellung auf Bio zu fördern.

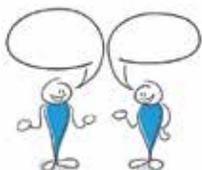


Lupinen bekommen ihre Stickstoff-Düngung aus der Luft. In der biologischen Landwirtschaft werden zur sogenannten Gründüngung spezielle Pflanzen (wie z.B. Lupinen) angebaut, die durch eine Symbiose mit bestimmten Bodenbakterien Stickstoff aus der Luft nutzen können.



Aufgabe

Recherchieren Sie, wie sich die verschiedenen politischen Parteien zum Thema konventionelle und biologische Landwirtschaft (bzw. zu Themen wie Überdüngung und Pestizideinsatz) positionieren. Wer setzt sich besonders für die Förderung der biologischen bzw. einer umweltfreundlicheren Landwirtschaft ein und welche Fördermaßnahmen werden vorgeschlagen? Erstellen Sie dazu eine Tabelle.



Anregung für die Diskussion

Die Preise für Bio-Lebensmittel sind höher als für konventionell hergestellte Lebensmittel. Wenn alle Kosten, die durch Umwelt- und Gesundheitsschäden der konventionellen Landwirtschaft entstehen, auf die Preise der Lebensmittel draufgerechnet werden würden, wären konventionelle Lebensmittel deutlich teurer. Was meinen Sie – lohnt es sich, einen höheren Preis für Biolebensmittel zu bezahlen und sind Sie persönlich dazu bereit? Begründen Sie Ihre Position.

3.4. Agrardumping auf Kosten von Kleinbauern/Kleinbäuerinnen

Dumping bezeichnet den Verkauf von Waren unterhalb des Herstellungs- bzw. Einkaufspreises. Im weltweiten Agrarhandel wird dies häufig durch die Zahlung von Subventionen ermöglicht.

Die EU ist im Unterschied zu ärmeren Ländern in der Lage, ihre Agrarproduktion und Verarbeitung finanziell zu unterstützen. Dadurch werden Produkte erzeugt, die auf dem Weltmarkt so günstig verkauft werden können, dass sie unterhalb der Preise der einheimischen ProduzentInnen liegen. Sie landen auch auf den Märkten der ärmeren Länder, wo sie den einheimischen ProduzentInnen den Markt zerstören. Beispiele sind Hühnerfleischexporte (in Europa nicht genutzte Teile wie Hals, Füße, Mägen etc.) und der Export von Tomaten oder Milchprodukten nach Westafrika und in die Karibik.

Diese Praxis konterkariert die Bemühungen der Entwicklungshilfe, die den afrikanischen Bauern und Bäuerin-

nen ein Einkommen sichern will. Obwohl die direkten Exportsubventionen seit 2013 von der EU nicht mehr eingesetzt werden und 2015 eine endgültige Abschaffung im Rahmen der WTO beschlossen wurde, wird Agrardumping immer noch praktiziert. So hat die Abschaffung der Milchquote in der EU auch Dumpingwirkung, weil durch die dadurch ermöglichte Überproduktion viel Milch zu geringen Preisen ins außereuropäische Ausland exportiert wird (siehe Abschnitt 3.5.). Ebenso profitieren europäische Landwirte durch die bestehenden Subventionen in Form von Flächenprämien, die ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen (siehe dazu Abschnitt 4).

Die Produktion für den Export nützt den großen ProduzentInnen und der verarbeitenden Industrie in der EU, nicht den Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Europa und in den ärmeren Ländern.

3.5. Europäische Milchproduktion – Überproduktion mit System

In Deutschland gibt es etwa 71 000 Milchviehbetriebe, in denen zusammen 4,3 Millionen Milchkühe gehalten werden. Sie produzieren jährlich etwa 32,4 Millionen Tonnen Milch. Das ist weit mehr als die Deutschen an Milch und Milchprodukten konsumieren. Ein Großteil der produzierten Milch – etwa 49% – wird exportiert.

Die Überschussproduktion von Milch hat in Europa eine lange Tradition. Anfang der 1980er Jahre machten sprichwörtliche Milchseen und Butterberge Schlagzeilen. Damals kaufte die EU Milch zu Garantipreisen auf – ein politischer Anreiz, mehr zu produzieren als von den Konsumenten nachgefragt wurde.

Um der Überproduktion entgegenzuwirken, wurde im Jahr 1984 eine Milchquote eingeführt. Damit wurde (jedes Jahr aufs Neue) festgelegt, wie viel Milch in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten produziert werden darf. Mit der Milchquote wurde die Überproduktion jedoch nicht konsequent eingedämmt, da sie etwa 10% über dem Verbrauch angesetzt wurde.¹⁵ Ab dem Jahr 2009 wurde die Milchquote zudem langsam erhöht und im Jahr 2015 komplett abgeschafft. In der Folge kam es zu einer weiteren Ausdehnung der Milchproduktion. Da gleichzeitig die Nachfrage nicht entsprechend stieg bzw. die Nachfrage aus Russland auf Grund eines politischen Embargos einbrach, waren lang anhaltende Niedrigpreise für MilcherzeugerInnen die Folge. In Deutschland bekommen Milchbauern und -bäuerinnen zeitweise nur ca. 25 Cent pro Liter Milch. Damit sind ihre Produktionskosten nur etwa zur Hälfte gedeckt – es ist also eine Situation, die gerade für kleine ProduzentInnen, aber auch mittlere Betriebe existenzbedrohend ist. Immer mehr bäuerliche Betriebe müssen daher aufgeben – zwischen

dem Jahr 2000 und dem Jahr 2016 hat sich die Zahl der Milchviehbetriebe fast halbiert, während große Betriebe weiter wachsen.¹⁶

Angesichts der Milchkrise wird heiß debattiert, welche Maßnahmen notwendig sind, um bäuerliche Milchviehbetriebe zu retten. Einige Akteure (z.B. die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Entwicklungsorganisationen) setzen sich im Fall von Milchpreiskrisen für die Einführung befristeter finanzieller Anreize zur Milch-Mengenreduzierung ein. Der Vorschlag lautet, dass MilcherzeugerInnen finanziell belohnt werden sollen, wenn sie ihre Milchproduktion drosseln, während Betriebe, die die Milchproduktion ausweiten, Abgaben zahlen sollen. Während sich der Deutsche Bauernverband (DBV) und Agrarminister Christian Schmidt im Frühjahr 2016 dagegen ausgesprochen haben, hat sich



Kühe aus der Kleinmolkerei Tambolo in Burkina Faso. Afrikanische Molkereien können mit den Preisen des importierten EU-Milchpulvers nicht mithalten.

© Kerstin Lanje

¹⁵ Berit Thomsen (Abl, 2007): Strategie billige Milch

¹⁶ Weitere Infos, Daten und Fakten: www.meine-milch.de

die Agrarministerkonferenz für diesen Vorschlag eingesetzt. Auf EU-Ebene wurde im Sommer 2016 beschlossen, dass es zwar keine verpflichtende Mengenreduzierung geben soll, aber Prämien für diejenigen Bäuerinnen und Bauern, die ihre Produktion in Krisenzeiten freiwillig drosseln. Sowohl von der Bundesregierung als auch auf EU-Ebene wurden den MilchproduzentInnen Hilfspakete in mehrstelliger Millionenhöhe zugesagt.

Während die MilchproduzentInnen durch Überproduktion und den damit verbundenen niedrigen Preisen bedroht werden, profitieren die Molkereien und großen Lebensmittelkonzerne, indem sie die überschüssige Milch ins außereuropäische Ausland exportieren. Die Exportorientierung der Molkereien wurde lange Zeit sogar politisch gefördert. So zahlte die EU in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Milliarden Euro für Milchexporte.¹⁷ Allein im Jahr 2009 hat die EU den Export von 1,12 Millionen Tonnen Milchprodukten mit etwa 300 Millionen Euro gefördert. Zwar wurden Exportsubventionen



Die Kuh „Faironika“ ist Markenzeichen für eine alternative Milcherzeugung, bei der u.a. auf Soja-Futtermittel aus Übersee verzichtet wird

seit dem Jahr 2013 nicht mehr gezahlt und ein generelles Verbot von Exportsubventionen wurde auf der WTO-Ministerkonferenz in Nairobi besiegelt. Dennoch ist der europäische Milchmarkt weiterhin stark auf den Export ausgerichtet. Die Molkereien sind im Gegensatz zu den Milchbauern an niedrigen Preisen und einer Produktion über den europäischen Bedarf hinaus interessiert. Problematisch ist die immer noch deutlich stärkere Verhandlungsposition der Molkereien auf Grund teilweise monopolartiger Positionen.

Die Folgen der billigen Milchexporte sind auch für die Milchwirtschaft der Empfängerländer dramatisch. In Burkina Faso zum Beispiel wird europäisches Milchpulver so billig verkauft, dass einheimische ProduzentInnen nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Damit die lokale Milchwirtschaft in Burkina Faso und anderen afrikanischen Ländern eine Chance hat, müssten die Milchexporte der EU insgesamt eingedämmt werden. Der Aufbau der lokalen Milchwirtschaft und –verarbeitung hätte großes Potenzial zur Armutsbekämpfung. Das katholische Hilfswerk Misereor engagiert sich in diesem Bereich und fordert die EU dazu auf, ihre Hilfe nicht durch eine auf den Export ausgerichtete Milchpolitik zu konterkarieren.

Doch die EU setzt bisher andere Zeichen. Mit der Aushandlung eines bilateralen Handelsabkommens mit der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) hat die EU durchgesetzt, dass die Zölle für Milchprodukte in den ECOWAS-Staaten (ausgenommen flüssige Milch und Joghurt) abgeschafft werden. So können europäische Molkereien ihr Milchpulver zukünftig noch günstiger auf den afrikanischen Märkten verkaufen. In der EU und in den Importländern sitzen Milchbauern und –bäuerinnen im selben Boot – ihre Lebensweise und Existenz ist bedroht.¹⁸

Anregung für die Diskussion



Diskutieren Sie über einen Preisvergleich zwischen 1 l Cola und 1 l Milch: Warum kostet Cola mehr als Milch? Ist das gerecht und sinnvoll? Was wäre ein gerechter Preis für Milch?

Lesetipp:



„Mensch.Macht.Milch:
Wie Konzerne unsere bäuerliche
Landwirtschaft verpulvern“
Sachcomic von
Germanwatch/AbL

3.6. Fleischproduktion in der EU – Umwelt- und Marktzerstörung im Süden

In Deutschland beansprucht der Futtermittelanbau etwa 60% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Über 60% der europäischen Getreideernte landet in Futtertrögen, weniger als ein Viertel des Getreides kommt auf die Teller. Die EU importiert 30 Mio. Tonnen Soja und Sojaschrot.

Nur dadurch ist eine Fleischproduktion möglich, die die Selbstversorgung weit überschreitet. Der Konsum tierischer Lebensmittel belegt also nicht nur Land in Europa, sondern auch in Übersee. Insbesondere sogenannte Eiweißfuttermittel wie Soja werden aus dem außereuropäischen Ausland impor-

¹⁷ Oxfam (2009): Hintergrundinfos EU-Milchpolitik

¹⁸ Quelle/weitere Infos: Reichert/Leimbach (2015): Billiges Milchpulver für die Welt

tiert – vor allem aus Brasilien, Paraguay und Argentinien. Insgesamt beansprucht Europa rund 19 Millionen Hektar Land in Übersee für den Anbau von Soja – das entspricht ungefähr dem Gebiet von England und Schottland zusammen. Allein für den Fleischkonsum der Deutschen wird auf circa 2,9 Millionen Hektar Soja angebaut – also auf einer Fläche, die in etwa so groß ist wie das Land Brandenburg. In den Anbauländern haben sich die Sojaplantagen in den vergangenen Jahrzehnten rasant ausgeweitet – mit der Folge, dass immer mehr ökologisch wertvolle Wälder und Savannen abgeholzt werden. Außerdem bedroht der Sojaanbau die Bevölkerung im Umfeld der Sojaplantagen. Viele Kleinbäuerinnen und Kleinbauern werden von den SojaproduzentInnen vertrieben oder verdrängt, teilweise mit Gewalt, die auch von staatlicher Seite ausgeübt wird. Auch wenn die betroffenen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern das Land schon seit Jahrzehnten genutzt haben, fehlen ihnen häufig offizielle Landbesitzrechte. Der Sojaanbau verschärft somit die ohnehin sehr ungerechte Landverteilung in vielen südamerikanischen Ländern. In Paraguay zum Beispiel besitzt 4% der Bevölkerung 86% des Ackerlandes.¹⁹ Ein großes Problem sind die beim Anbau von gentechnisch veränderten Sojapflanzen eingesetzten sogenannten Totalherbizide. Totalherbizide wie Glyphosat sind darauf ausgerichtet, alle Pflanzen zu vernichten, nur nicht die Sojapflanzen, die mit Hilfe der Gentechnik gegenüber Glyphosat tolerant gemacht werden. Da die Pestizide häufig per Flugzeug versprüht werden, drifft das Gift regelmäßig zu den Nachbargrundstücken der AnwohnerInnen ab. Die Folge sind massive gesundheitliche Probleme. Studien zeigen, dass



In Deutschland werden jährlich ca. 4,5 Millionen Tonnen Sojaschrot als Futtermittel eingesetzt.



Kuh und Huhn bei Protesten gegen Massentierhaltung

es im Umfeld von Sojaplantagen in den vergangenen Jahren zu einer starken Zunahme von Krebsfällen und Missbildungen bei Neugeborenen gekommen ist. WissenschaftlerInnen, MedizinerInnen und Bürgerbewegungen bringen dies mit dem zunehmenden Einsatz von Herbiziden in Verbindung. Die krebserregende Wirkung von Glyphosat wurde auch von der Krebsforschungsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation bestätigt.²⁰

Auch der kleinbäuerliche Nahrungsanbau leidet unter den versprühten Herbiziden. Bäuerinnen und Bauern klagen darüber, dass ein Großteil ihrer Ernte durch die Gifte vernichtet wird.

Der Sojaanbau wirkt sich also nicht nur negativ auf die Umwelt und das Klima aus, sondern führt in den Anbauländern zu Hunger und der Zerstörung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Aus diesen Gründen fordern Umwelt- und Entwicklungsorganisationen von der EU, den Import von Soja durch die Förderung des Anbaus einheimischer Eiweißfuttermittel zu ersetzen.²¹

Die andere Schattenseite der Sojaimporte aus Südamerika ist, dass die dadurch ermöglichte Überproduktion von Fleisch dazu führt, dass europäische Konzerne Fleisch zu Dumpingpreisen in anderen Ländern verkaufen. So wird zum Beispiel in Europa produziertes Geflügel- und Schweinefleisch in Afrika zu Niedrigstpreisen verkauft, mit denen einheimische ProduzentInnen nicht konkurrieren können. Gerade Fleischteile, die in Europa kaum noch gegessen werden (Schweinefüße, Hühnerschenkel, -flügel, -hälse), können in Afrika zu besonders niedrigen Preisen verkauft werden.²²



Rechercheaufgabe

Welche Alternativen gibt es zum Konsum konventioneller Fleisch- und Milchprodukte? Welche Vorteile bieten diese Alternativen?

Recherchelinks:

www.neuland-fleisch.de; www.diefairemilch.de/index.html; www.boelw.de



Der zu große Flächenfußabdruck

Europa ist ein Netto-Importeur von Nahrungsmitteln, vor allem auf Grund der großen Mengen Soja, die für die Produktion von Fleisch und anderen tierischen Produkten importiert werden. Dafür beansprucht die EU auch riesige landwirtschaftliche Flächen in anderen Ländern (siehe Abschnitt 3.6.).

Damit zukünftig die steigende Weltbevölkerung ernährt werden kann, ist es notwendig, dass der weltweite Fleischverbrauch nicht weiter zu- sondern insgesamt abnimmt. Denn im Jahr 2050, wenn voraussichtlich 10 Milliarden Menschen auf der Erde leben werden, wird nur noch ca. 1166m² Ackerfläche pro Person verfügbar sein.

Die Deutschen beanspruchen zurzeit ca. 1562m² Ackerfläche nur für die Ernährung. Davon fällt die größte Fläche auf die Produktion von Futtermitteln für den Konsum tierischer Lebensmittel.²³



© Karikatur: Stefan Roth/roth-cartoons.de

Anregungen für Recherche und Diskussion:

- Schauen Sie sich die Ernährungspyramide 2050 des WWF an (S.13). Vergleichen Sie die Empfehlungen mit Ihrem eigenen Nahrungskonsum. Wo sehen Sie bei sich Änderungsbedarf und Änderungsmöglichkeiten?
- Welche Argumente sprechen für einen geringeren Fleischkonsum? Welche politischen Anreize/ Instrumente könnten eingeführt werden, damit die Menschen weniger Fleisch essen? Befürworten Sie solche politischen Maßnahmen? Sammeln Sie Pro- und Contra-Argumente.
- Fleischpreise sind in Deutschland inzwischen so niedrig, dass Bäuerinnen und Bauern durch den Verkauf teilweise nicht mehr ihre Produktionskosten decken können. In der Diskussion stehen staatlich verordnete Mindestpreise für Fleisch.²⁴ Was halten Sie davon?



²³ Quelle/weitere Infos: WWF (2015): Das große Fressen

²⁴ Taz(16.6.16): Grüner Zoff um Billigschnitzel, www.taz.de/!5310417/



ERNÄHRUNGSPYRAMIDE 2050

Gesunde Ernährung in den natürlichen Grenzen unserer Erde

Die WWF-Ernährungspyramide macht abwechslungsreichen Ernährungsgenuss mit den ökologischen Grenzen der Erde vereinbar. Der aktuell ungesund hohe Fleischkonsum müsste halbiert, der Anteil an Eierprodukten reduziert werden, dafür mehr Getreide, Nüsse und Gemüse. Neu hinzukommen Leguminosen wie Lupine.

Nüsse (Schalenobst) **0,6 % (71 g*)**



Eierzeugnisse **1,0 % (126 g*)**



Fischprodukte **1,9 % (234 g*)**



Öle und Fette **2,0 % (260 g*)**



Fleisch- und Wurstprodukte **2,8 % (353 g*)**



Leguminosen **3,5 % (439 g*)**



Obst

16,8 % (2124 g*)



Milch und Milchprodukte

17,7 % (2232 g*)



Gemüse

23,1 % (2921 g*)



Getreide, Getreideprodukte, Kartoffeln

30,6 % (3860 g*)



Heutiger deutscher Pro-Kopf-Bedarf an Ackerfläche für Lebensmittel: **1562 m²**

Verfügbare Ackerfläche für Lebensmittel pro Kopf im Jahr 2050:

1166 m²

Tipps für eine nachhaltige Ernährung:

* Mengenangaben pro Woche

1. Wirf so wenig Lebensmittel weg wie möglich.
2. Gönn dir mehr frisches Obst und Gemüse und esse öfter vegetarisch.
3. Greife zu regionalen und saisonalen Lebensmitteln.
4. Genieße besseres Fleisch, dafür weniger.
5. Gönn' dir Fisch als Delikatesse, dafür nicht jeden Tag.
6. Bevorzuge zertifizierte Lebensmittel, am besten Bio.

4. Politische Antworten auf die Herausforderungen

4.1. Die beiden Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU



© BUND - Aktualisierung durch
Agrar Koordination 2016

Die Zahlung von Subventionen an landwirtschaftliche Betriebe kann einen starken Einfluss darauf haben, was und wie produziert wird. Daher ist die Frage, welche Regeln und Auflagen mit Subventionen verbunden sind, ein heiß diskutiertes Thema unter agrarpolitischen Akteuren.

Ab dem Jahr 1999 wurde das Subventionssystem der EU grundlegend reformiert und in zwei Säulen eingeteilt: Marktpolitik (1. Säule) und Ausgleichspolitik (2. Säule).²⁵ Damit wurde begonnen, neuen Anforderungen im Hinblick auf das Welthandelsrecht und der Lösung von Umweltproblemen der Landwirtschaft zu begegnen.

KritikerInnen bemängelten, dass auch die 1999 beschlossene Reform Probleme des handelsverzerrenden Dumpings, des landwirtschaftlichen Strukturwandels und der negativen

Umweltwirkungen der Landwirtschaft nicht wesentlich entschärft habe. Mit dem neuen Direktzahlungssystem wurden große Betriebe weiter gestärkt (und damit auch deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt), während kleine Betriebe zunehmend Probleme bekamen, im globalen Wettbewerb mithalten zu können. Dagegen habe auch die Ausgleichspolitik der 2. Säule nichts grundlegend ändern können.

Nichtregierungsorganisationen und Verbände forderten daher eine grundlegende Reform, durch die Subventionen viel stärker an ökologische und soziale Leistungen der LandwirtInnen geknüpft werden sollte.²⁶ Ein Teil dieser Vorschläge wurde mit einer im Jahr 2013 beschlossenen GAP-Reform, die vor allem die 1. Säule betrifft, berücksichtigt.

1. Säule: Marktpolitik

Die Marktpolitik umfasst als größten Posten die sogenannten Direktzahlungen, d.h. Subventionen, die als Betriebsprämien pro Hektar an die LandwirtInnen ausgezahlt werden. Deutsche Landwirtschaftsbetriebe bekommen beispielsweise zwischen 2014 und 2020 jährlich rund 4,8 Mrd. Euro Direktzahlungen. Seit 2003 werden die Zahlungen mehr und mehr von der Art der Produktion entkoppelt, d.h. nach Fläche der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe ausgezahlt – je größer die Betriebsfläche, desto höher die Zahlungen. Grund für diese Entkopplung von der Produktion sind die Vereinbarungen des WTO-Agrarabkommens. Denn da das frühere Subventionssystem zur Entstehung von hohen Produktionsüberschüssen beigetragen hat, wurde es laut WTO-Recht als handelsverzerrend eingestuft (siehe dazu Kapitel 3.4. und Abschnitt zum Weltagrarhandel, Kapitel 4.1. u. 4.2.).

2. Säule: Ausgleichspolitik

Die EU hat mit der 2. Säule eine Ausgleichspolitik geschaffen, die zumindest teilweise den negativen Auswirkungen der Landwirtschaft und der bisherigen Agrarpolitik entgegenwirken soll.

Hier ist die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Umweltschutz und ländlicher Entwicklung angesiedelt. Den größten Anteil machen in der 2. Säule bisher die Agrarumweltmaßnahmen aus, dicht gefolgt von Programmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Hierunter fallen hauptsächlich Investitionsbeiträge für Stallbauten zur Betriebsvergrößerung sowie Ausgleichszahlungen für Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten, die naturräumlich schwer zu bewirtschaften sind und besonders von Abwanderung bedroht sind. Deutsche Landwirtschaftsbetriebe bekommen zwischen 2014 und 2020 im Rahmen der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik jährlich rund 2,5 Milliarden Euro.²⁷

²⁵ Weitere Infos: BMEL (2004): Meilensteine der Agrarpolitik – Umsetzung der Agrarreform in Deutschland

²⁶ Verbändeplattform (2011): EU-Agrarpolitik jetzt konsequent reformieren

²⁷ Quelle: BMEL (2014): Gemeinsame Agrarpolitik der EU – 2014 bis 2020

4.2. GAP-Reform 2013 – ein kleiner Schritt für die Ökologisierung der Landwirtschaft

Im Jahr 2013 wurde die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU erneut reformiert. Die GAP-Reform 2013 sieht einige Änderungen bei den Direktzahlungen vor, die dem Ziel einer Ökologisierung der Agrarpolitik (sogenanntes Greening) dienen sollen.

Durch die Reform bekommen LandwirtInnen nur noch einen Teil der Direktzahlungen („Basisprämie“) ohne spezielle Leistungen. Sie bekommen Zusatzprämien, wenn sie ein Minimum an folgenden Umweltleistungen erbringen:

- **Erhalt von Dauergrünlandflächen:** Dauergrünland sind Wiesen und Weiden, die jahrelang nur als solche genutzt werden und nicht umgepflügt werden, um zu einem Acker zu werden. Grünland speichert CO₂ besser als jede andere Landnutzung, bietet Lebensraum für Insekten und schafft eine gesunde Futtergrundlage. Die Dauergrünlandfläche hat in einigen Bundesländern dramatisch abgenommen, weil sich z.B. mit Maisanbau für Biogasanlagen mehr Geld verdienen lässt..
- **Bereitstellung „ökologischer Vorrangflächen“:** Als ökologische Vorrangflächen werden Flächen bezeichnet, die wichtige Ökosystemdienstleistungen gewähren und zum Schutz von Wasser, Boden, Biodiversität und Klima beitragen. Es gibt sehr detaillierte, aber unterschiedliche Vorstellungen, wie Flächen aussehen müssen, um diese Beiträge zu leisten. Laut GAP-Reform müssen landwirtschaftliche Betriebe mindestens 5% ihrer Fläche als ökologische Vorrangfläche gestalten, um vollen Anspruch auf die Zusatzprämie zu bekommen. Als in Frage kommende Vorrangflächen werden „Stilllegungsflächen, Terrassen, Pufferstreifen, Hecken, Knicks oder Baumreihen“ genannt.

Abgesehen von diesen Umweltkriterien bekommen die Mitgliedsstaaten durch die Reform die Option, kleinere Betriebe stärker zu fördern, indem ein Teil der Direktzahlungen umgeschichtet wird.



Dauergrünland ist wichtig für den Klimaschutz und für eine gesunde Ernährung von Kühen.

4.3. Kritik von Nichtregierungsorganisationen an der GAP-Reform (2013)

Die konkrete Ausgestaltung des Greening ist aus Sicht vieler Nichtregierungsorganisationen, die Umwelt- und Entwicklungsländerinteressen sowie kleinbäuerliche Betriebe vertreten, unzureichend, wenn auch die Reformen in die richtige Richtung gehen. Wichtige Kritikpunkte sind z.B.²⁸:

- Die Reform gebe keinen wirklichen Anreiz, auf die verbreiteten Monokulturen (z.B. Mais) zu verzichten. Wenn eine einzige Kultur 75% der Fläche und zwei Kulturen insgesamt 95% der Betriebsfläche einnehmen darf, bewirke diese Vorgabe keine wirklich vielfältige Landwirtschaft.
- Die Schaffung von ökologischen Vorrangflächen sei unzureichend. 5% der Fläche sei nicht genug, um Ökosystemdienstleistungen zu gewährleisten. Auch sonst forderten sie wesentlich stärkere Auflagen- u.a. auch den Verzicht auf das Spritzen von Pestiziden und den Einsatz von mineralischen Düngemitteln auf ökologischen Vorrangflächen.

- Die Reform begrenze die industrielle und zunehmend exportorientierte Tierhaltung nicht. Damit werden die negativen Begleiterscheinungen der industriellen Tierhaltung im Hinblick auf Tier- und Umweltschutz sowie die Folgen für die kleinbäuerliche Tierhaltung in den Zielländern der Exporte politisch toleriert (siehe Abschnitte 3.5. und 3.6.).
- Die Vorgaben zur Erhaltung von Dauergrünland seien unzureichend, da jeder Mitgliedsstaat selbst entscheiden kann, ob Dauergrünland in jedem Betrieb oder nur im regionalen Durchschnitt erhalten werden muss. Eine rein regionale Vorgabe gefährde wichtige ökologische Funktionen.

Nichtregierungsorganisationen fordern nun, dass die Mitgliedsstaaten ihre Gestaltungsspielräume ausnutzen, in dem sie zum Beispiel in der 2. Säule vor allem Klima- und Umweltschutzmaßnahmen sowie die regionale Wirtschaftsentwicklung unterstützen statt Investitionen in eine Steigerung der Produktion.



Mais-Monokulturen haben sich in Folge der Bioenergieförderung stark ausgebreitet

4.4. Unterschiedliche Interessen

Kommission: Legitimierung der Agrarausgaben; wichtig, dass die Gesellschaft sie mit trägt – Anliegen der Gesellschaft sind: Umweltschutz, Tierschutz, sichere und billige Lebensmittel.

Staaten: Wollen nicht zum Nettozahler in der EU werden, sondern mindestens so viel Geld rausbekommen, wie sie einzahlen.

Konventionelle Bauern- und Industrieverbände:

Landwirtschaft ist gut so, wie sie ist und braucht mehr Unterstützung, um sich am weltweiten Wettbewerb beteiligen zu können. Motto: „wachsen oder weichen“

Verbändebeispiele: Deutscher Bauernverband, Industrieverband Agrar, Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie.

Anregungen für Recherche und Diskussion:

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der Landwirtschaft und Agrarpolitik? Erstellen Sie eine Übersicht der wichtigsten Probleme und der jeweiligen Lösungsansätze/Reformvorschläge. Diskutieren Sie anschließend in der Gruppe: Welche gesellschaftlichen Gruppen würden von diesen Reformvorschlägen profitieren und welche gesellschaftlichen Gruppen sind dagegen? Was ist Ihre Position?

Alternative Bauernverbände und Nichtregierungsorganisationen:

Europäische Landwirtschaft hat zu hohe Umweltauswirkungen und weltweite negative Effekte, die eingeschränkt werden müssen. Zum Schutz der Familienbetriebe weltweit und um Umwelt- und Tierschutz umsetzen zu können, muss der Kostendruck entschärft werden und Subventionen wesentlich stärker an Umwelt- und Tierschutzleistungen sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen geknüpft werden.

Verbändebeispiele: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bund deutscher Milchviehhalter, BUND, Oxfam, Germanwatch, Agrar Koordination.



Weltagrарhandel

1. Entwicklung des weltweiten Handels

Handel haben Menschen schon immer getrieben. Aber noch nie hat es einen so weltumspannenden und umfangreichen Handel gegeben wie heute. Dabei betrifft das Welthandelsregime nicht nur Güter, sondern auch Dienstleistungen und Investitionen sowie Rechte des geistigen Eigentums (z.B. Patente).

Der weltweite Handel mit Agrargütern hat sich seit 2000 mehr als verdreifacht. Noch im Jahr 2000 betrug er rund 550 Mrd. US-Dollar. Bis 2014 ist dieser Handel auf 1765 Mrd. US-Dollar gestiegen. Damit liegt der Anteil der Agrarprodukte am gesamten Welthandel bei knapp 10% (2014).

Die Beteiligung am weltweiten Handel variiert zwischen den verschiedenen Staaten stark.

Die 10 bedeutendsten Agrarexporteure hatten im Jahre 2011 einen Anteil an den Agrarexporten von 83,1 %.

Viele der großen Agrarexporteure sind gleichzeitig auch große Agrarimporteure. So ist beispielsweise die EU sowohl der weltweit größte Exporteur als auch der weltweit größte Importeur von Agrargütern. Da die Agrarimporte die Agrarexporte übersteigen, ist die EU ein sogenannter Netto-Importeur von Agrarprodukten. Auch Deutschland ist ein Netto-Importeur von Agrargütern: Die Agrar-Importe belaufen sich auf einen Wert von jährlich knapp 119 Milliarden US-Dollar, während Agrarprodukte im Wert von rund 100 Milliarden US-Dollar exportiert werden. Im Vergleich dazu ist zum Beispiel Tansania verhältnismäßig wenig am Weltagrарhandel beteiligt, ist aber ein Netto-Exporteur von Nahrungsmitteln (Import: rund 1,1 Milliarden US-Dollar; Export: rund 1,5 Milliarden US-Dollar).²⁹

Die größten Agrar-Exporteure der Welt

Land	Anteil an globalen Agrarexporten
EU (28 Mitgliedstaaten)	48,1% (38% der Exporte innerhalb der EU, 10,1% der Exporte außerhalb der EU)
USA	10,3%
Brasilien	5%
China	4,2%
Kanada	3,9%
Indonesien	2,5%
Indien	2,5%
Thailand	2,3%
Australien	2,2%
Argentinien	2,1%
Gesamtxportanteil der Top 10	83,1%

Die größten Agrar-Importeure der Welt

Land	Anteil an globalen Agrar-Importen
EU (28 Mitgliedstaaten)	45,9% (36,1% der Importe innerhalb der EU, 9,8% der Importe außerhalb der EU)
China	9,1%
USA	8,4%
Japan	4,4%
Russische Föderation	2,2%
Kanada	2,1%
Republik Korea	1,9%
Mexiko	1,6%
Indien	1,5%
Saudi-Arabien	1,3%
Gesamtimportanteil Top 10	78,4%

Der internationale Handel wird seit 1995 u.a. von der Welthandelsorganisation (WTO, World Trade Organisation) geregelt, die aus dem 1948 in Kraft getretenen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT – General Agreement on Tariffs and Trade) hervorging. Die WTO mit Sitz in Genf hat mittlerweile 162 Mitgliedsstaaten. Somit decken die WTO-Mitglieder beinahe den gesamten Welthandel ab. Ziel der WTO ist die Liberalisierung und damit Ausdehnung des Welthandels durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelsbeschränkungen. Dieses Ziel wird in sogenannten „Welthandelsrunden“ (d.h. multilateralen Verhandlungen)

vorangetrieben und durch den Abschluss von WTO-Abkommen besiegelt – das betrifft auch den weltweiten Handel mit Agrargütern.

Doch während die WTO-Verhandlungen seit 2001 stockend verliefen und teilweise zum Stillstand gekommen sind, spielen bilaterale und regionale Handelsabkommen sowie Handelsabkommen zwischen verschiedenen Staaten unterschiedlicher Regionen eine immer größere Rolle. Mittlerweile gibt es etwa 500 Freihandelsabkommen weltweit, mit denen der Freihandel teilweise noch stärker als in der WTO vorangetrieben wird.³⁰

29 WTO: International Trade Statistics 2015, www.wto.org/english/res_e/statistics_e/its2015_e/its15_toc_e.htm

30 www.zeit.de/wirtschaft/2014-07/eu-freihandelsabkommen

2. Freihandel – pro und contra

BefürworterInnen des Freihandels sind der Ansicht, dass der freie Handel zum wachsenden Wohlstand aller Länder beiträgt. Die Idee, die dahinter steckt ist, dass durch den Freihandel Produkte immer in denjenigen Ländern hergestellt werden, in denen die Produktionskosten besonders niedrig sind. Jedes Land könne sich auf die Produktion derjenigen Waren spezialisieren, bei denen es relative Kostenvorteile gegenüber anderen Ländern habe. Jedes am freien Welthandel beteiligte Land profitiere letztlich von den sogenannten „komparativen Kostenvorteilen“, sowohl im Hinblick auf Importe als auf Exporte (Außenhandelsmodell des Ökonomen David Ricardo).

KritikerInnen wenden ein, dass die Ausgangslagen für die Freihandelsverhandlungen sehr ungleich sind und die ärmeren Länder daher große Wettbewerbsnachteile bei den WTO-Verhandlungen haben. So unterstützt zum Beispiel die EU ihre Landwirtschaft mit mehreren Milliarden Euro jährlich und fördert damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem von großen landwirtschaftlichen Betrieben. Diese finanziellen Möglichkeiten haben die meisten Staaten der Welt nicht. Eine Marktöffnung durch die Abschaffung von Zöllen kann daher gerade für ärmere Staaten, in denen ein Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt, negative Auswirkungen haben, weil lokale ProduzentInnen durch billige Importprodukte verdrängt werden und damit die Existenzgrundlagen großer Bevölkerungsgruppen gefährdet werden.

Aus Sicht der FreihandelsgegnerInnen ist es elementar wichtig, dass Staaten die Möglichkeit haben, den Import von Agrarprodukten zu beschränken, um die Existenz lokaler ProduzentInnen zu schützen.

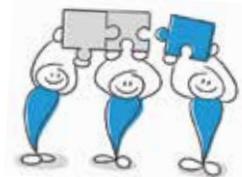
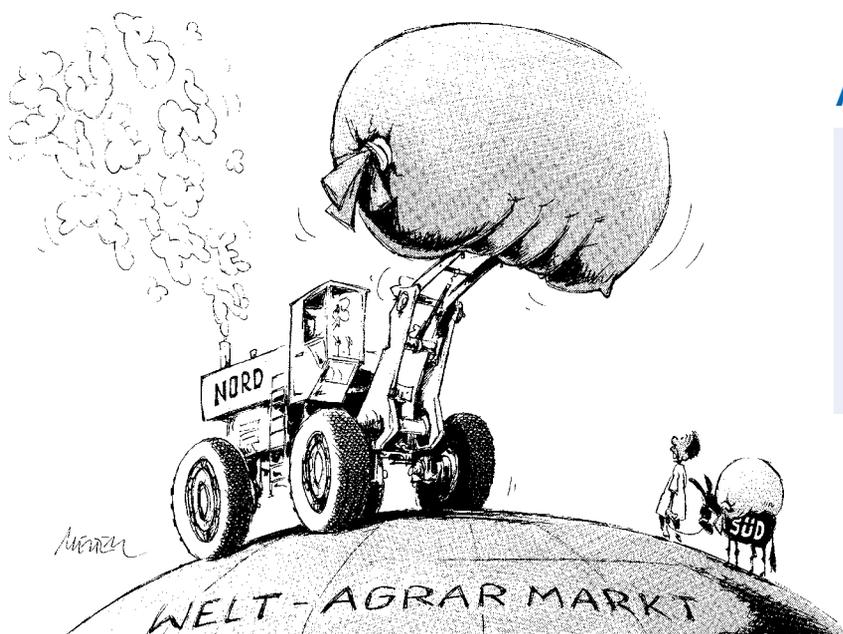
BefürworterInnen des Freihandels argumentieren diesbezüglich, dass die Abschaffung von Subventionen und Zöllen Ziel des Freihandels ist und auf diese

Weise Wettbewerbsbedingungen global angeglichen werden. Subventionen sind aus ihrer Sicht störende Handelshemmnisse, die die Ausschöpfung der komparativen Kostenvorteile verhindern.

Die Erfahrungen mit den WTO-Verhandlungen zeigen jedoch, dass es vor allem die wirtschaftlich starken Nationen sind, die bisher ihre eigenen Interessen durchsetzen konnten. Während sie einerseits Freihandel propagieren, um Zugang zu anderen Märkten zu bekommen, sind sie andererseits wenig bereit, Subventionen für die einheimische Landwirtschaft aufzugeben – ihre Märkte schützende indirekte Handelsbarrieren werden also bewusst entgegen der Freihandelsideologie aufrecht erhalten.

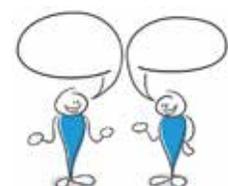
Bei der Betrachtung des vermeintlichen Nutzens des Freihandels muss auch berücksichtigt werden, dass er in jedem Land mit GewinnerInnen und VerliererInnen verbunden ist. Oft profitieren vom Freihandel nur wenige große, exportorientierte Unternehmen, während kleinere landwirtschaftliche ProduzentInnen – sowohl in den reichen als auch in den armen Ländern – im globalen Wettbewerb nicht mithalten können (siehe dazu Kapitel EU-Agrarpolitik, Abschnitte 3.5. und 3.6.).

Auch angesichts der starken Schwankungen der globalen Preise für Agrargüter, die in Zeiten extrem hoher Preise in Nahrungsmittel-importierenden Ländern zu großen Krisen geführt haben, argumentieren Freihandels-KritikerInnen, dass Staaten sich bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln nicht vom Import abhängig machen dürfen. Eine weltweite Bewegung fordert die Umsetzung und Achtung des politischen Konzeptes der sogenannten „Ernährungssouveränität“ von Staaten. Bei diesem Konzept geht es darum anzustreben, dass Staaten ihre Souveränität über ihre Ernährung und Ernährungspolitik bewahren und dementsprechend auch Handelsbarrieren einführen dürfen.³¹



Aufgabe

Recherchieren Sie, was das Konzept der Ernährungssouveränität beinhaltet und wer es vertritt. Recherchieren Sie zudem, was das Konzept der „komparativen Kostenvorteile“ beinhaltet. Diskutieren Sie, welches Konzept für Sie überzeugender ist.



³¹ Weitere Infos zum Thema Handelsliberalisierung: Germanwatch/EED (2012) „Aus der Wüste in die Leere – Die politischen und ökonomischen Gründe für das Scheitern der Doha-Runde der Welthandelsorganisation“, BPB (2010): Entwicklung durch Handel?; zum Thema Ernährungssouveränität: nyeleni.de/

3. Grundlagen des WTO-Rechts

In den WTO-Übereinkommen werden Regeln festgelegt, die jedes Mitglied in die eigene Gesetzgebung umsetzen muss. Die Grundprinzipien des Handels bei der WTO sind sogenannte Diskriminierungsverbote:

1. **Meistbegünstigung:** Handelspolitische Vorteile müssen allen WTO-Mitgliedern gleichermaßen gewährt werden.

2. **Inländerbehandlung:** Importierte Waren müssen genauso behandelt werden wie einheimische.

Alle Abkommen gelten für alle Mitglieder, prinzipiell unabhängig von ihrer jeweiligen Situation. Es wird also davon ausgegangen, dass ein System für die ganze Welt passt. Sogenannte Entwicklungsländer bekommen allerdings für die Umsetzung von Beschlüssen größere Übergangsfristen als die Industrieländer.

Das Streitschlichtungsverfahren der WTO (Dispute Settlement Body)

Für die Durchsetzung der WTO Abkommen wurde ein gerichtsartiges Streitschlichtungsverfahren geschaffen – der Dispute Settlement Body. Wenn ein Land gegen die Regeln der WTO verstößt, kann dies empfindliche wirtschaftliche Sanktionen nach sich ziehen – sofern ein anderes WTO-Mitglied den Verstoß in einem Streitfall anprangert.

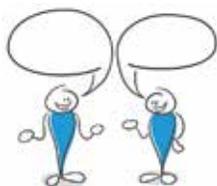
Folgt ein Land einem WTO Urteil nicht, so können Strafen in Form von Strafzöllen, Ausgleichszahlungen oder Handelseinschränkungen verhängt werden.

Im konkreten Fall kann dies bedeuten, dass einzelne Branchen starke Umsatzeinbußen haben können. Zwischen Januar 1995 und Juli 2016 waren es 509 Fälle, die vor dem Dispute Settlement Body behandelt wurden. Die größte Zahl der Klagen betrifft die Industrieländer untereinander. Ein bekanntes Beispiel ist der Streit um gentechnisch veränderte Lebensmittelimporte aus den USA in die EU. Dabei verklagten die USA die EU, weil gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht importiert werden durften. Die EU wurde schließlich zu einer Öffnung ihrer Märkte für diese Produkte verurteilt. Das Vorhandensein des Streitschlichtungsverfahrens und die davon ausgehenden Sanktionen verleihen der WTO ihre Macht. Fraglich ist die demokratische Legitimation eines derartigen Verfahrens, bei dem letztlich mit einem drei-Personen-Panel gegen den Willen von 400 Mio. Wählern entschieden werden kann.

„Die WTO ist als einzige internationale Institution mit einem Schiedsgericht und mit Sanktionsmacht ausgestattet, während es nicht annähernd vergleichbar starke internationale Institutionen gibt, die für Menschenrechte, soziale Rechte oder Umweltschutz eintreten. So kommt es, dass die Regeln der WTO auch wirtschaftsferne Politikbereiche durchdringen, und dass auf globaler Ebene letztlich die Wirtschaftsregeln die Gesellschaftsregeln dominieren.“ (Zitat aus „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, S. 512-513, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, 2008).



© Andrey Burmakina, fotolia.com



Anregung für die Diskussion

Diskutieren Sie, was Sie von einem solchen Schiedsgericht und seinen weitreichenden Entscheidungen halten. Was spricht dafür, was spricht dagegen?

4. WTO-Verhandlungen zum Welthandel

Auch der Welthandel spielt in den WTO-Verhandlungen eine wichtige Rolle. Ein bedeutendes Abkommen ist das Agreement on Agriculture (WTO-Agrarabkommen), das nach langen und schwierigen Verhandlungen in der sogenannten Uruguay-Runde (1987-1994) zustande kam. Es spiegelt KritikerInnen zufolge die Interessen der damals mächtigsten Handelsnationen (USA, EU, Japan und Kanada) wider.

Die 2001 in Doha eingeleitete Welthandelsrunde (Doha-Runde) sollte eigentlich die Interessen der wirtschaftlich schwächeren Länder stärker berücksichtigen. Doch die Wirklichkeit bei den Verhandlungen sah anders aus. Auf Grund der großen Uneinigkeiten zwischen den Verhandlungspartnern verliefen die Verhandlungen lange Zeit schleppend und wurden im Jahr 2015 ohne wesentliche Ergebnisse für beendet erklärt.

4.1. Die Uruguay-Runde und das Agreement on Agriculture

Das 1994 beschlossene Agreement on Agriculture sieht vor, dass alle Maßnahmen, die den Handel behindern, nach und nach abgebaut werden müssen – dazu gehört vor allem der Abbau von Zöllen, internen Unterstützungsmaßnahmen (Subventionen) sowie Agrarexportförderungen.

Für Industrie- und Entwicklungsländer wurden unterschiedliche Vorgaben gemacht, sowohl, was den Zeitraum der Umsetzung als auch die Verpflichtungen anging. Industrieländer wurden verpflichtet, die neuen Regeln bis zum Jahr 2000 umzusetzen. Entwicklungsländern wurde dafür bis zum Jahr 2005 Zeit gegeben.

Industrieländer verpflichteten sich zu einem stärkeren Abbau von Zöllen, internen Subventionen und Exportsubventionen als Entwicklungsländer (siehe Tabelle). Dazu muss gesagt werden, dass das Ausgangsniveau der Industrieländer, gerade bei den Subventionen, um ein Vielfaches höher lag als das der Entwicklungsländer. Zudem ist es der EU wie den anderen Industrieländern nicht im gleichen Maße gelungen, ihre Agrarsubventionen herunterzufahren wie Entwicklungsländer ihre Zölle heruntergefahren haben.

Durch das Agreement on Agriculture vereinbarte Senkung von Zöllen und Subventionen³²

	Durchschnittliche Kürzung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte	Durchschnittliche Kürzung der internen Stützungen/ Subventionen	Durchschnittliche Kürzung der Exportsubventionen
Industrieländer	-36%	-20%	-36%
Entwicklungsländer	-24%	-13%	-13%

Vereinbarungen zur Reduzierung handelsverzerrender Subventionen

Grundsätzlich ist das offiziell erklärte Ziel der WTO, alle Subventionen abzubauen. Im Rahmen des Agreement on Agriculture wurden Subventionen allerdings in verschiedene Kategorien (drei verschiedene „Boxen“) eingeteilt, für die unterschiedliche Auflagen zur Subventionsreduzierung gemacht wurden.

Demnach mussten nur Unterstützungsmaßnahmen, die in die gelbe Box eingeordnet werden, reduziert werden, da sie als besonders handelsverzerrend gelten. Andere Subventionen wurden als nicht oder weniger handelsverzerrend deklariert und in die blaue und grüne Box eingestuft.

Subventions-Kategorien laut Agreement on Agriculture

Grüne Box:

In die grüne Box wurden Maßnahmen eingeordnet, die als nicht handelsverzerrend gelten und daher nicht abgebaut werden müssen. Dabei kann es sich zum Beispiel um Förderprogramme handeln, die nicht an Produktionsmengen gekoppelt sind, z.B. Agrarumweltprogramme, öffentliche Nahrungsvorräte für Notfälle und (von der Produktion entkoppelte) Direktzahlungen an Landwirte. Ein Großteil der EU-Subventionen werden inzwischen als entkoppelte Direktzahlungen an Landwirte gezahlt.

Gelbe Box:

In die gelbe Box wurden Maßnahmen eingeordnet, die produktionsgekoppelt sind, z.B. Preisstützungen, Exportfördermaßnahmen und Anbauprämien, die einen Produktionsanreiz geben und damit handelsverzerrend wirken. In der EU wurden zum Beispiel lange Zeit Exportsubventionen für Fleisch und Milch gezahlt. Heute fallen bei der EU noch Marktpreisstützungen in die gelbe Box (Bauern bekommen z.B. für Getreide garantierte Mindestpreise). Bei der WTO-Konferenz in Hongkong wurde vereinbart, dass die Staaten mit den größten Subventionszahlungen die größten Kürzungen vornehmen müssen.

Blaue Box:

Unterstützungsmaßnahmen, die normalerweise in die gelbe Box eingeordnet werden, können der blauen Box zugeschrieben werden, wenn die Maßnahmen mit der Auflage verbunden sind, dass die Bauern ihre Produktion begrenzen. In die blaue Box werden zum Beispiel Programme eingeordnet, die bestimmte Produktionsformen (z.B. Mutterkuhhaltung) fördern und nur in einem bestimmten Gebiet oder mit einer begrenzten Anzahl von Tieren stattfinden.

Umschichtung von Subventionen in den Industrieländern – Lösung des Dumpingproblems?

Die letzten Agrarreformen der EU waren Antworten auf die Vereinbarung des Agrar-Abkommens, interne Stützungen, die die Produktionsmenge erhöhen und damit zu Überschüssen und Dumping in Entwicklungsländern führen, abzubauen. Wichtiger Teil der EU-Agrarreformen war ein Umbau des Subventionssystems. Es wurden Direktzahlungen eingeführt, die sich an der Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe ausrichten, nicht mehr an der Produktion. Exportsubventionen wurden langsam heruntergefahren und seit 2013 nicht mehr eingesetzt.

Es ist jedoch umstritten, ob durch die Vorgaben des WTO-Agrarabkommens bzw. die darauf folgende Reform des Subventionssystems der Industrieländer die Situation für die ärmeren Länder wesentlich verbessert wurde (siehe Abschnitt zur EU-Agrarpolitik). Denn insgesamt wurde die Höhe der ausbezahlten Subventionen kaum reduziert. Und auch Direktzahlungen, die vor allem an große Betriebe gehen, stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit zulasten von kleinbäuerlichen ProduzentInnen in ärmeren Ländern. Zudem vergeben Industrieländer nach wie vor für die Produktion von Exportgütern Kredite zu sehr günstigen

Konditionen (sogenannte Exportkredite) – auch dies kann handelsverzerrend wirken.³³ Sogar Nahrungsmittelhilfen werden teilweise dafür missbraucht, Überschüsse der Geberländer zu beseitigen. Denn nicht immer werden Nahrungsmittelhilfen nur dann eingesetzt, wenn in einem Land tatsächlich Bedarf – in akuten Hungersituationen – besteht. Problematisch ist, wenn durch nicht benötigte Nahrungsmittelhilfen lokale Märkte zerstört werden – dies wird vor allem den USA vorgeworfen.



© alaphotography/fotolia.com

Für das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität ist der Schutz vor Dumping notwendig.

Das Recht auf Nahrung und der Welthandel

Nahrung ist keine Ware wie jede andere. Nahrung ist ein Menschenrecht, das in international verbindlichen Konventionen festgeschrieben ist – ganz explizit im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die unterzeichnenden Staaten haben sich dazu verpflichtet, alle verfügbaren Maßnahmen zu ergreifen, damit alle Menschen ausreichend Zugang zu Nahrung haben. Dazu gehört auch die Verpflichtung, Menschen davor zu schützen, dass ihre Fähigkeit, sich selbst mit Nahrung zu versorgen, durch andere Politiken, z.B. Handelspolitiken, gefährdet wird.

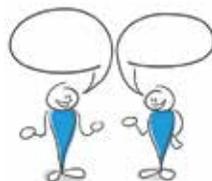
Der von den Vereinten Nationen eingesetzte Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung hat die Aufgabe, auf internationaler Ebene aktuelle Probleme im Hinblick auf das Recht auf Nahrung zu analysieren und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Olivier de Schutter, der von 2008-2014 Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung war, kritisiert den zunehmenden Druck der Industrieländer zur Handelsliberalisierung, ohne gleichzeitig Subventionen drastisch zu reduzieren. Er zeigt auf, wie das Welthandelsrecht gestaltet werden müsste, um im Einklang mit den staatlichen Pflichten zum Schutz und zur Förderung des Rechts auf Nahrung zu stehen – das sollte unter anderem Möglichkeiten für Entwicklungsländer beinhalten, ihre Märkte deutlich stärker vor Importen zu schützen.



Aufgabe

Recherchieren Sie, was Olivier de Schutter an den Welthandelsstrukturen im Detail kritisiert und welche Vorschläge er macht. Recherchelink: www.sfood.org/en/trade-sp-1847639719

Diskutieren Sie oder verfassen Sie eine schriftliche Stellungnahme: Was lässt sich international leichter durchsetzen – die Interessen an Handelsliberalisierung oder das Recht auf Nahrung und das Interesse, die eigenen Märkte zu schützen? Was denken Sie – kann man daran etwas ändern?



4.2. Die Doha-Runde – Enttäuschte Erwartungen und minimale Fortschritte

Die als Entwicklungsrunde angekündigte Doha-Runde brachte den sogenannten Entwicklungsländern kaum Fortschritte. Während im Jahr 2008 ein neues Abkommen auf Grundlage der Forderungen von Entwicklungs- und Schwellenländern greifbar war, scheiterte es daran, dass die USA nicht bereit waren, ihre Agrarsubventionen so stark wie gefordert zu senken und zu akzeptieren, dass Entwicklungsländer ihre Märkte für bestimmte Agrarprodukte besser schützen kön-

nen. Nach langen Jahren blockierter Verhandlungen wurden auf der WTO-Konferenz in Nairobi 2015 durch den Beschluss zur Abschaffung von Exportsubventionen zwar kleine Verbesserungen für Entwicklungsländer erzielt, doch die meisten ihrer Forderungen wurden nicht erfüllt. Gleichzeitig konnten die WTO-Mitglieder sich nicht auf eine Fortführung der Verhandlungen einigen.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – entwicklungspolitische Forderungen an die Doha-Runde

Anspruch	Wirklichkeit
Verbesserter Marktzugang zu den Märkten der Industrieländer	Kein verbindliches Verhandlungsergebnis
Spezieller Schutzmechanismus für die Märkte von Entwicklungsländern: Entwicklungsländer sollen bei Preiszerfall oder Importschwemme die Zölle temporär erhöhen und ihre Märkte schützen dürfen	Den Entwicklungsländern wird zwar grundsätzlich ein Recht auf einen solchen Schutzmechanismus eingeräumt. Ein verbindlicher Beschluss kam jedoch bisher nicht zustande und die Industrieländer scheinen dem auch keine Priorität beizumessen.
Reduzierung von Exportsubventionen und anderen handelsverzerrenden Unterstützungsmaßnahmen in der Landwirtschaft	Beschluss der WTO-Ministerkonferenz in Nairobi (2015): Exportsubventionen werden abgeschafft. Von Entwicklungspolitischen Organisationen geforderte Neuregulierungen bezüglich Exportkrediten kamen nicht zustande, so dass von ihnen nach wie vor handelsverzerrende Wirkungen ausgehen. Weiterhin haben die hohen Subventionszahlungen in Industrieländern wie USA und EU handelsverzerrende Wirkungen und schwächen die Handelschancen ärmerer Länder.
„Spezielle und differenzierte Behandlung“: Entwicklungsländer sollen Sonderrechte in allen Bereichen der Handelsvereinbarungen bekommen – sie sollen weniger Verpflichtungen zum Beispiel im Hinblick auf die Reduktion von Zöllen und internen Unterstützungsmaßnahmen, eingehen müssen. Spezielle Produkte, die für die Ernährungssicherheit wichtig sind, sollen durch Zölle besonders geschützt werden dürfen.	Kein verbindliches Verhandlungsergebnis
Kein Missbrauch von „Nahrungsmittelhilfen“, um Produktionsüberschüsse im Ausland abzusetzen. Eine wesentliche Forderung von Entwicklungsorganisationen ist, dass vorrangig finanzielle Nahrungsmittelhilfe geleistet wird, mit der Nahrungsmittel auf lokalen und regionalen Märkten gekauft wird.	Die WTO räumt der finanziellen Nahrungsmittelhilfe keinen Vorrang ein und es wurde nicht beschlossen, dass Nahrungsmittel für Hilfsmaßnahmen vorrangig auf lokalen oder regionalen Märkten beschafft werden. Es wurde keine zufriedenstellende Regelung beschlossen, um zu verhindern, dass sich Nahrungsmittelhilfen aus dem Ausland negativ auf lokale Märkte auswirken.

4.3. Sozialstandards in der WTO – Schutz vor Sozialdumping oder schädlicher Handelsprotektionismus?

Sollten Staaten Importe beschränken dürfen, wenn bei der Produktion in den Herkunftsländern soziale Probleme und Menschenrechtsverletzungen (z.B. Vertreibungen der lokalen Bevölkerung) oder Umwelt- und Gesundheitsprobleme (z.B. Regenwaldabholzung, das Spritzen gefährlicher Pestizide) verursacht werden?

Diese Frage wird sehr kontrovers diskutiert. Während die einen fordern, dass Umwelt- und Sozialstandard sowie Menschenrechte im WTO-Recht berücksichtigt werden müssen, gibt es auch strikte Gegner dieser Forderung. BefürworterInnen der Beachtung derartiger Standards in der WTO argumentieren, dass dies notwendig sei, um internationales Sozialdumping zu verhindern. Denn wenn Waren zum Beispiel unter Missachtung grundlegender Arbeitsstandards

(wozu u.a. auch Mindestlöhne gehören) produziert werden, können sie günstiger hergestellt werden. Bei einem freien Welthandel können dadurch andere Länder unter Druck gesetzt werden, Bestimmungen zu Arbeitsstandards aufzuweichen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Um ein derartiges Sozialdumping zu verhindern, sei es wichtig, dass die WTO Importbeschränkungen für Produkte, die unter Missachtung von Sozialstandards produziert wurden, erlaube.

Aufstaatlicher Ebene haben sich vor allem Industrieländer wie die EU und die USA für die Einführung von Sozialstandards in der WTO eingesetzt. Aber auch Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen sprechen sich für Sozial- und Umweltstandards und Menschenrechte im Welthandelsrecht aus.

Dagegen haben sich Entwicklungsländer vehement gegen die Einführung derartiger Standards im WTO-Recht ausgesprochen. Sie werfen den Industrieländern handelsprotekti-

onistische Motive vor. Dahinter steckt die Befürchtung, dass sie mit solchen WTO-Regeln noch weniger Chancen haben, ihre Produkte in Industrieländer zu exportieren.

Anregung für die Diskussion



Diskutieren Sie in Kleingruppen das Pro und Contra der Anerkennung von Sozial- und Umweltstandards in Freihandelsabkommen. Was ist Ihre Position? Mit mehr Zeit: Teilen Sie sich in Rollen ein (RegierungsvertreterIn eines Industrielandes, RegierungsvertreterIn eines Entwicklungslandes, VertreterIn einer internationalen Gewerkschaft, VertreterIn eines großen Agrarhandelsunternehmens) und bereiten Sie ein Rollenspiel vor.

5. Bilaterale Handelsabkommen



© stopepa.de

Parallel zu den stockenden WTO-Verhandlungen wurden in den vergangenen 20 Jahren vermehrt Handelsabkommen in Form von bilateralen und regionalen Wirtschaftsabkommen geschlossen. Bilaterale bzw. multilaterale Abkommen zwischen zwei oder mehreren kräftemäßig ungleichen Handelspartnern haben den Nachteil, dass hier unter Druck bestimmte Regelungen vereinbart werden, häufig auch, indem parallel mit anderen Ländern derselben Region verhandelt wird und damit eine Konkurrenzsituation ausgenutzt wird. Dies betrifft zum Beispiel die Verhandlungen zu den sogenannten Economic Partnership Agreements (EPAs) zwischen der EU und den AKP-Ländern.

Logo der StopEPA-Kampagne

5.1. Das Handelsabkommen zwischen EU und AKP-Ländern

Ein unrühmliches Beispiel für bilaterale Handelsabkommen, die den Freihandel voranbringen sollen, ist das Abkommen zwischen der EU und den AKP-Ländern (79 Länder aus Afrika, Karibik und Pazifik, die oftmals frühere europäische Kolonien waren). Hintergrund ist, dass die AKP-Länder überwiegend einseitig zollfreien Zugang für ihre Produkte zum europäischen Markt gewährleistet bekommen haben, dies aber den Regeln der WTO widerspricht und daher auf längere Sicht angepasst werden soll. Dabei soll der Zugang zum europäischen Markt noch verbessert werden und im Gegenzug sollen die AKP-Länder ihre Märkte ebenso öffnen. Eigentlich war das Ziel, die Verhandlungen bis 2007 abzuschließen. Dies hat jedoch auf Grund großer Uneinigkeiten nicht geklappt. Die EU besteht als stärkerer Verhandlungspartner darauf, dass die AKP-Länder nur noch 20% ihrer Produkte mit Zöllen schützen dürfen. Dies geht sogar über die Regelungen der WTO hinaus, die hier keine genauen Vorgaben machen. Die AKP-Länder fordern jedoch, 40% ihrer Produkte mit Zöllen schützen zu können und einen größeren zeitlichen Spielraum. Dies begründen sie damit, dass sie sich nicht wie die EU durch Agrarsubventionen einen handelspolitischen Vorteil verschaffen können. Bei den Verhandlungen steht zum Beispiel auch zur Diskussion, ob und inwiefern die Partnerländer das Recht bekommen, Zölle für Produkte, die für die lokale Ernährungssicherung besonders wichtig sind (sogenannte sensible Produkte), flexibel anpassen zu können.



© Karikatur: Stefanie Strulik

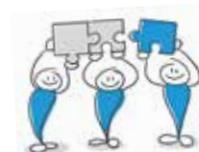
... ich mache die Musik, nach der ihr tanzen müßt!

Die EU geht bei den Verhandlungen sehr taktisch vor: Sie verhandelt mit einzelnen Ländern und setzt so andere unter Druck, ebenfalls zu ratifizieren. Eine Weile – v.a. um das anvisierte Datum des Abschlusses der Verhandlungen herum – gab es massive Proteste von europäischen Nichtregierungsorganisationen gegen die EPAs bzw. die Verhandlungsstrategie der EU. Sie befürchteten, dass die Abkommen entwicklungspolitische Anliegen der Armut- und Hungerbekämpfung konterkarieren würden. Diese Proteste

sind in den vergangenen Jahren etwas abgeklungen und in den Schatten der TTIP-Proteste gerückt (siehe 5.2.). Dennoch sind die Verhandlungen mit den AKP-Ländern nach wie vor aktuell. So unterzeichneten zum Beispiel die EU und die SADC-Staaten Botswana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika und Swaziland im Juni 2016 ein Abkommen, das weitere beiderseitige Zollsenkungen vorsieht (SADC = Souther African Development Community).

Aufgabe für eine Projektarbeit/Erarbeitung eines Referats:

Recherchieren Sie die Hintergründe eines bereits abgeschlossenen Economic Partnership Agreement mit AKP-Staaten (z.B. das SADC-EU-Abkommen). Was beinhaltet das Abkommen und wie schätzen verschiedene Akteure die Folgen des Abkommens ein? Inwiefern konnten die verschiedenen Verhandlungspartner ihre Forderungen durchsetzen? Welche Rolle spielen Nichtregierungsorganisationen bei den EPA-Verhandlungen (ggf. direkt bei NGOs nachfragen)?³⁴ Stellen Sie die Ergebnisse Ihrer Recherche in einem mündlichen Referat oder schriftlich in einem Hintergrundbericht dar.



Recherchelinks:

ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/development/economic-partnerships/
www.epawatch.eu
www.stopepa.de/
www.safri.de/



5.2. TTIP – Freihandelsinteressen stoßen auf enormen gesellschaftlichen Widerstand

Seit 2013 verhandeln die USA und die EU über ein Freihandelsabkommen namens TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Sollte ein derartiges Abkommen zustande kommen, wäre mit 800 Millionen VerbraucherInnen der größte Wirtschaftsraum der Welt geschaffen, in dem sich 50% des Welthandels abspielt. Doch von einem Abschluss des Abkommens scheinen EU und USA im September 2016 (bei Redaktionsschluss dieses Heftes) noch weit entfernt zu sein. Massive öffentliche Kritik haben die Verhandlungen in den vergangenen Jahren begleitet. Während BefürworterInnen des Abkommens Wirtschaftswachstum und neue Jobs versprechen, warnen KritikerInnen vor einer Absenkung von Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards. Grundsätzliche Streitpunkte bezüglich der TTIP-Verhandlungen sind:³⁴



Auch Bäuerinnen und Bauern haben sich den Anti-TTIP-Protesten angeschlossen.

© Die Auslöser Berlin

³⁴ Kritische Positionierungen zu TTIP: www.stopttip.org/de/; www.ttip-unfairhandelbar.de/
 Pro-TTIP-Positionierungen: www.pro-ttip.de/; VDA: Argumente für TTIP; www.vda.de/de/themen/wirtschaftspolitik-und-infrastruktur/TTIP/argumente-fuer-ttip.html



Demokratiehäcksler

© Stefan Roth / roth-cartoons.de

- BefürworterInnen halten unterschiedliche regulatorische Vorgaben in den USA und der EU für unnötige Handelshemmnisse. Zum Beispiel monieren Autokonzerne, dass in den USA andere Blinker, Rücklichter und Spiegel benötigt werden. Eine Angleichung der Standards könne hohe Kosten sparen und damit Handel und Wachstum fördern. KritikerInnen halten dagegen, dass gerade im Agrarbereich in der EU zurecht höhere Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards gelten und diese nicht abgesenkt werden dürfen.
- Im TTIP-Abkommen soll festgelegt werden, dass Gesetzesvorhaben zwischen den USA und der EU gegenseitig abgestimmt werden (sogenannte „regulatorische Konsultation“). Dabei ist auch die Beteiligung der vom jeweiligen Gesetzesvorhaben betroffenen Konzerne vorgesehen. KritikerInnen warnen davor, dass dadurch die Demokratie ausgehebelt und Konzernen zu viel Macht gegeben wird. BefürworterInnen argumentieren, dass verstärkte Absprachen und Zusammenarbeit bei Gesetzesvorhaben notwendig sind, um eine Harmonisierung der regulatorischen Vorgaben sicherzustellen und damit unnötige Handelsbarrieren frühzeitig abzubauen.
- Konzernen soll ein Investitionsschutz eingeräumt werden. Die USA möchten, dass Konzerne vor privaten Schiedsgerichten gegen Staaten klagen können, wenn sie durch neue Gesetzesvorhaben ihre Investitionen bedroht sehen. BefürworterInnen argumentieren, dass Konzerne diese Sicherheit für ihre Investitionen brauchen. Schiedsgerichte seien für Freihandelsabkommen sinnvoller, da der Instanzenweg vor nationalen Gerichten viel zu lang sei und in einigen Ländern die Rechtssysteme nicht so stark ausgeprägt seien wie in den USA und der EU. KritikerInnen befürchten, dass durch private Schiedsgerichte nationale Rechtssysteme ausgehebelt und gesellschaftlich sinnvolle Gesetzesvorhaben (z.B. im Umweltbereich) verhindert werden. EU-VertreterInnen wollen auf Grund der Kritik durchsetzen, dass öffentliche Handelsgerichtshöfe für Streitfälle zwischen Staaten und Konzernen zuständig sind.
- Die TTIP-Verhandlungen finden geheim statt. Weder die Öffentlichkeit noch die nationalen Parlamente in der EU werden über den genauen Inhalt und das Ziel der Verhandlungen informiert. BefürworterInnen dieser Strategie erklären dies damit, dass sich sonst die Verhandlungsposition verschlechtere. KritikerInnen befürchten, dass die Demokratie untergraben wird, wenn ein so weitreichendes Handelsabkommen wie TTIP ohne öffentliche Kontrolle und demokratische Beteiligung verhandelt wird.

Das steht für die europäische Ernährung und Landwirtschaft durch TTIP auf dem Spiel ³⁵

Gentechnik:

In den USA gelten grundlegend andere Regeln für die Vermarktung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln – sie sind dort deutlich weiter verbreitet als in Europa, da für die Zulassung deutlich geringere Auflagen gelten. Die USA verlangen von der EU, ihr Recht dem der USA anzugleichen und damit die Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel zu erleichtern.

Pestizide und andere Chemikalien:

Auch im Hinblick auf die Zulassung und Risikobewertung von Pestiziden und anderen Chemikalien gelten in der EU strengere Regeln als in den USA. Es besteht offenbar die reale Gefahr einer Absenkung von Standards auf Kosten des Gesundheitsschutzes in Folge der TTIP-Verhandlungen, wie Erfahrungen mit Kriterien für das Verbot von hormonell wirksamen Pestiziden zeigen. Derartige Kriterien, deren Verabschiedung 2013 das Verbot von 31 Pestiziden zur Folge gehabt hätten, wurden fallengelassen – offenbar auf Grund von massiven Einwänden von US-HandelsvertreterInnen hinsichtlich der Folgen für den internationalen Handel.³⁶

Auch die strengeren EU-Vorgaben für Pestizidrückstände in Lebensmitteln werden durch die TTIP-Verhandlungen in Frage gestellt.³⁷

Lebensmittelstandards:

In den USA gelten andere Lebensmittelstandards als in der EU. Befürchtet wird, dass durch das TTIP-Abkommen Lebensmittelstandards auf Kosten des Verbraucherschutzes auf niedrigerem Niveau angeglichen werden. Ein viel diskutiertes Beispiel ist das sogenannte Hormonfleisch: In den USA bekommen viele Nutztiere Hormone, damit sie schneller wachsen. In der EU ist der Import und der Verkauf von Fleisch von Tieren, die mit Wachstumshormonen behandelt wurden, aus gesundheitlichen Gründen verboten (es besteht z.B. der Verdacht auf erhöhte Krebsgefahr). Die EU-Kommission betonte in Reaktion auf die massive öffentliche Kritik, dass der Verkauf von Hormonfleisch in der EU während der TTIP-Verhandlungen nicht zur Diskussion steht. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass die EU einen hohen Preis dafür zahlen wird, wenn Hormonfleisch trotz TTIP weiterhin nicht nach Europa importiert werden darf – eine massive Marktöffnung für ohne Hormone behandeltes Fleisch könnte die von den USA geforderte Gegenleistung sein (dieser Deal wurde bereits beim CETA-Abkommen mit Kanada verhandelt).

Umwelt- und Tierschutzstandards:

In der EU gelten schärfere Tierschutz- und Umweltstandards in der Landwirtschaft. Diese spielen bei den Verhandlungen bisher offenbar keine große Rolle. KritikerInnen befürchten, dass es zu einer Absenkung von Umwelt- und Tierschutzstandards kommt, sollten in den TTIP-Verhandlungen keine klaren Vereinbarungen getroffen werden, um dies zu verhindern.³⁸

Verschärfter Preisdruck für Bäuerinnen und Bauern:

In den USA sind die Kosten für die Herstellung zum Beispiel von Fleisch deutlich niedriger. Es ist zu befürchten, dass (wie beim bereits zu Ende verhandelten CETA-Abkommen zwischen Kanada und der EU) die Quoten für zollfreie Fleischimporte stark erhöht werden. Die Folge ist eine Zunahme der Fleischimporte. Dies wird den ohnehin schon für LandwirtInnen bedrohlichen Preisdruck auf den europäischen Fleischmärkten verschärfen. Damit stehen nicht nur Tierschutz- und Umweltstandards (die die Produktion verteuern und damit die Wettbewerbsfähigkeit verringern), sondern auch bäuerliche Existenzen auf dem Spiel.

Anregung für die Diskussion

Diskutieren Sie in Kleingruppen die Pro- und Contra-Argumente bezüglich TTIP (für weitere Infos siehe Fußnote 34) und beziehen Sie selbst Stellung. Inwiefern sollte unterschieden werden zwischen den Verhandlungen bezüglich der Automobilindustrie einerseits und dem Lebensmittelmarkt andererseits?



³⁵ Abl (2015): Angriff auf bäuerliche Landwirtschaft

³⁶ Quelle: www.theguardian.com/environment/2015/may/22/eu-dropped-pesticide-laws-due-to-us-pressure-over-ttip-documents-reveal

³⁷ www.bund.net/themen_und_projekte/internationaler_umweltschutz/ttip_ceta/hintergrund/pestizidverordnung

³⁸ Umweltbundesamt (2015): Umweltschutz unter TTIP

6. Agrarhandelsliberalisierung und die Folgen

In Industrieländern sind durch die Mechanisierung der Landwirtschaft immer mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren gegangen, so dass nur noch ein kleiner Bevölkerungsanteil von der Landwirtschaft lebt. In vielen ärmeren Ländern dagegen lebt heute noch ein Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft.

Viele von ihnen sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die wenig Land und kaum Geld für landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Pestizide und mineralische Düngemittel haben. Ihre Produktion ist nicht wettbewerbsfähig gegenüber der mechanisierten landwirtschaftlichen Produktion der Industrieländer, die mit hohen Subventionen gefördert wird. Importbeschränkungen sind ein wichtiges Instrument, um die Existenz dieser Kleinbäuerinnen und -bauern zu schützen. Die Liberalisierung der Agrarhandelsmärkte durch den Abbau von Zöllen führt jedoch in der Realität dazu, dass billige Importwaren ins Land strömen und einheimische Bäuerinnen und Bauern ihre Produkte nicht mehr verkaufen können (siehe dazu Abschnitt 3.4.-3.6.).

BefürworterInnen des Freihandels und der „modernen“ Landwirtschaft der Industrieländer argumentieren, dass auch in Entwicklungsländern eine intensivere, mechanisierte Landwirtschaft gefördert werden muss.

Doch stellen wir uns vor, dass alle landwirtschaftlichen Systeme der Welt mit der gleichen „Effizienz“ produzierten wie die in der EU und den USA: Dann verlöre ein Großteil der ca. 3 Milliarden Menschen, die heute von der Nahrungsproduk-

tion leben, ihr Einkommen aus der Landwirtschaft. Der Liberalisierungstheorie zufolge würden sie in anderen (Industrie-) Bereichen Arbeit finden. Doch im Gegensatz zu den Industrieländern gibt es in vielen Entwicklungsländern kaum Alternativen, da andere Industriezweige sich nicht entwickeln konnten bzw. auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Daher sind Entwicklungsländer mit einem Mangel an Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft konfrontiert und haben angesichts der liberalisierten Weltmärkte auch geringe Chancen, eigene Industriezweige neu aufzubauen. Die Liberalisierung des Agrarhandels trifft die Entwicklungsländer daher besonders hart. Daran können auch die Bemühungen, die Märkte der Industrieländer für Produkte der am wenigsten entwickelten Länder zu öffnen, wenig ändern. Denn die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf wenige Exportprodukte wie Südfrüchte, Kaffee, Kakao und Baumwolle hat nur wenigen ProduzentInnen etwas gebracht, während die meisten Bäuerinnen und Bauern nicht das Potenzial haben, für den Exportmarkt zu produzieren. Die Armut- und Hungerproblematik der ländlichen Bevölkerungen in Entwicklungsländern kann durch die Fokussierung auf die Exportproduktion also offenbar nicht gelöst werden. Hinzu kommt eine häufig starke Abhängigkeit vom Import von Grundnahrungsmitteln, die vor allem in Zeiten stark schwankender Weltmarktpreise ein hohes Risiko für die Ernährungssicherheit darstellt (siehe Beispiel Tortilla-Krise).

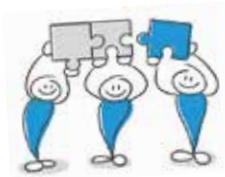


© Rafal Cichawa / fotolia.com

In vielen Ländern der Welt wurden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft noch nicht durch Maschinen ersetzt – ihre Existenz wird nun jedoch durch die Handelsliberalisierung bedroht.

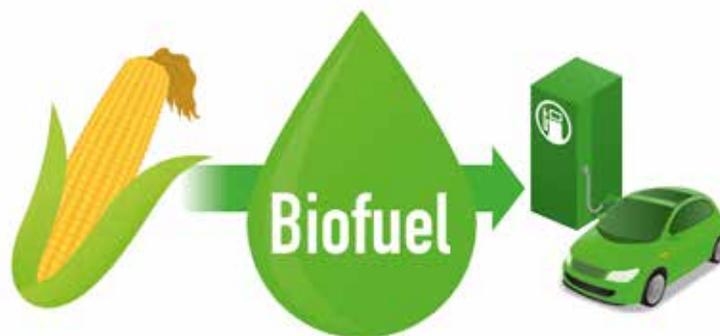
Aufgabe

Erklären Sie einer anderen (ggf. nicht am Unterricht beteiligten) Person in eigenen Worten, mit welchen Problemen die ärmeren Länder im Welthandel konfrontiert sind und was das mit den Freihandelsverhandlungen sowie den Subventionen der Industrieländer zu tun hat.



Tortilla-Krise in Mexiko

Ein bekanntes Beispiel für die durch Handelsliberalisierung ausgelösten Probleme ist Mexiko. Mexiko hat sich durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) dazu verpflichtet, ab 1994 innerhalb von 15 Jahren sämtliche Zölle auf US-amerikanische und kanadische Importe abzubauen. Während Mexiko tatsächlich seine Zölle abbaute, steigerten die USA ihre Agrarsubventionen noch weiter. Daraufhin verdreifachte sich die Menge der Maisimporte nach Mexiko, weil die US-Unternehmen ihren Mais 20% unter dem mexikanischen Produktionspreis verkaufen konnten. In Mexiko, dem Ursprungsland des Mais, haben seit 1994 daraufhin etwa 1,5 Mio. Bäuerinnen und Bauern ihre Betriebe aufgegeben. Doch im Zuge der Biokraftstoffförderung in den USA wurde ab dem Jahr 2007 sehr viel Mais für die Ethanolgewinnung genutzt. In der Folge stiegen die Maispreise 2007 massiv an und lösten in Mexiko die sogenannte Tortillakrise aus. Tortilla ist ein gebackener Maisbrei, der für die mexikanische Bevölkerung ein Grundnahrungsmittel ist. Entsprechend dramatisch waren die Auswirkungen der gestiegenen Maispreise für die arme ländliche Bevölkerung in Mexiko.



Die Biokraftstoffförderung in den USA hat zu stark steigenden Maispreisen beigetragen.

© chambosan/Fotolia.com

Bioenergieförderung in Europa

Auch in der EU wird der Einsatz von Biokraftstoffen politisch vorangetrieben. Im Jahr 2007 wurde in Deutschland mit dem Biokraftstoffquotengesetz eine Beimischungspflicht eingeführt. Das heißt, dass Benzin und Diesel ab diesem Zeitpunkt einen Mindestanteil an Biokraftstoffen enthalten mussten. Ziel war, schrittweise ein Anteil von 10% bis zum Jahr 2020 zu erreichen. In anderen europäischen Ländern wurden vergleichbare Gesetze verabschiedet, um europäische Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. In der Folge nahm der Anbau von sogenannten Energiepflanzen, v.a. Raps, Mais sowie Zucker- und Stärkepflanzen (die zu Biodiesel, Bioethanol oder Biogas weiterverarbeitet werden) in Europa stark zu. In Deutschland wurden Energiepflanzen schon im Jahr 2011 auf 2,28 Millionen Hektar und damit auf 19% der deutschen Gesamtackerfläche angebaut. Gleichzeitig stiegen die Importe von Biodiesel und Bioethanol aus dem außereuropäischen Ausland stark an vor allem werden Palmöldiesel aus Indonesien und Sojadiesel aus Südamerika importiert. Grund für die politische Förderung von Bioenergie war die Absicht, Treibhausgasemissionen im Verkehrs- und Energiesektor zu reduzieren. Doch diese Strategie ist stark umstritten. Denn es hat sich herausgestellt, dass die Treibhausgasbilanz von Biokraftstoffen nicht immer unbedingt besser ist (dies hängt von vielen Faktoren ab). Zum anderen stellt die Flächenkonkurrenz durch den zunehmenden Energiepflanzenanbau eine langfristige Gefährdung der weltweiten Nahrungsversorgung dar. Zwar wurden die politischen Vorgaben in der EU inzwischen angepasst, um zu bewirken, dass durch die eingesetzten Biokraftstoffe tatsächlich möglichst viel Treibhausgase eingespart werden. Doch das Problem „Tank oder Teller“ wurde damit nicht gelöst.



Mehr Infos: Brot für die Welt (2014): Der Energiepflanzenanbau gefährdet das Recht auf Nahrung

7. Warum treten die ärmeren Länder überhaupt der WTO bei und schließen bilaterale Wirtschaftsabkommen ab?

Anfangs stand wahrscheinlich wirklich die Überzeugung dahinter, aus dem weltweiten Handel Nutzen ziehen zu können. Aber die ärmeren Länder sind nicht frei in ihrer Entscheidung, denn durch die internationalen Finanzinstitutionen IWF (Internationaler Währungsfond) und die Weltbank werden sie unter Druck gesetzt, ihre Landwirtschaft WTO-konform zu gestalten. Denn ohne eine Erfüllung dieser Auflage gibt es keine neuen Kredite und können alte Kredite nicht umgeschuldet werden. Bei IWF und Weltbank haben die reichen Länder die Mehrheit der Stimmen. Die Programme von IWF und Weltbank fordern häufig eine Kürzung der Sozialbudgets, die Streichung von

Subventionen, die Abwertung der Landeswährung, und die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte.

Ein weiterer Grund für den Beitritt zur WTO und den Abschluss bilateraler Wirtschaftsabkommen ist, dass die ärmeren Länder einen besseren Zugang zu den Märkten der Industriestaaten erlangen wollen. Insbesondere die exportstarken Staaten wie z.B. Brasilien, Thailand und Argentinien erhofften sich hierdurch große Vorteile. Tatsächlich hat es auch zum zunehmenden Wohlstand weniger Akteure geführt, nur betrifft dies oft nicht den Großteil der Kleinbäuerinnen und -bauern, die die eigene Ernährung im Land sichern.

Globaler Nahrungsmittelhandel – Sinn oder Unsinn in Zeiten des Klimawandels?

Ein immer stärker globalisierter Handel mit Lebensmitteln hat auch Folgen für das Klima. Lange Transportwege, vor allem wenn Lebensmittel per Flugzeug nach Europa importiert werden, führen in der Regel zu deutlich höheren Treibhausgasemissionen, als wenn Nahrungsmittel regional und saisonal gehandelt werden. Bohnen und Erbsen aus Kenia, Spargel aus Peru, Kopfsalat aus den USA – ist das wirklich notwendig?



© Sapsiway/Fotolia.com

Anregungen für Projekttag

- Erstellen Sie eine Ausstellung: Was esse ich an einem Tag? Aus welchen Ländern kommen die verzehrten Produkte?
- Recherchieren Sie, welche Produkte häufig per Flugzeug nach Europa importiert werden, obwohl sie eigentlich auch hier angebaut werden. Erstellen sie einen Überblick.
Recherchetipp: Studie der Verbraucherzentrale (2010): Flugimporte von Lebensmitteln und Blumen nach Deutschland.
- Machen Sie eine Umfrage in Ihrem Umfeld: Wer (wieviel Prozent der Befragten) würde auf den Kauf von Nahrungsmitteln aus dem außereuropäischen Ausland verzichten, wenn diese Nahrungsmittel zu bestimmten Jahreszeiten auch in Europa geerntet werden können?



8. Agrarspekulationen auf Kosten der Hungernden



© elypse/Fotolia.com

Die seit wenigen Jahren vermehrten Spekulationen im Agrarbereich verschärfen die Situation der Menschen in den Entwicklungsländern zusätzlich. Infolge der Finanzkrise und der Unsicherheit auf dem US-Immobilienmarkt suchen Pensions- und Hedgefonds nach neuen Möglichkeiten, ihr Geld anzulegen. Extremwetterereignisse (Dürren, Überflutungen usw.) sowie die Flächenkonkurrenz durch Landaufkauf anderer Staaten oder ausländischer Unternehmen (Landgrabbing) ohne Beteiligung der lokalen Bevölkerung sowie der zusätzlichen Produktion von Biokraftstoffen ließen die Nahrungsmittelpreise 2007/2008 deutlich steigen. Dies machte den Agrarsektor für Spekulanten international interessant.

An der global wichtigsten Börse für Agrarprodukte, der CBOT in Chicago, nahm der Anteil der kommerziellen Händler, die tatsächlich mit Weizen handeln, von 88% im Jahr 1996 auf 35% in 2008 ab, der Anteil der Finanzspekulanten beim Handel mit Weizenkontrakten stieg auf 65%.

Wer profitiert? Goldman Sachs, Barclays, Deutsche Bank, JP Morgan und Morgan Stanley sind die fünf führenden Investmentbanken weltweit, die in die globalen Rohstoffmärkte investierten. Allein im Jahr 2012 verdienten sie gemeinsam 1 Milliarde US-Dollar an der Spekulation mit Nahrungsmitteln.

Wer verliert? Durch den verstärkten Kauf von Wertpapieren im Agrarbereich wurden die Preise 2008 künstlich noch weiter in die Höhe getrieben, was mit einem Anstieg der Zahl der Hungernden einherging.³⁹ Steigende Nahrungsmittelpreise gehen vor allem auf Kosten derer, die Nahrungsmittel kaufen müssen. Und häufig profitieren sogar kleinbäuerliche LebensmittelproduzentInnen, u.a. auf Grund der Marktmacht der HändlerInnen, nicht von steigenden Nahrungsmittelpreisen. Für die ProduzentInnen ist zudem problematisch, dass die Preise stark schwanken.

Weitere Informationen

Foodwatch-Report (2011): Die Hungermacher
www.weed-online.org/themen/finanzen/nahrungsmittelspekulation/index.html
www.weltagrabericht.de/themen-des-weltagraberichts/spekulation-mit-lebensmitteln.html



9. Die Marktmacht der Global Player

Im Landwirtschaftssektor ist es in den vergangenen Jahrzehnten zu einer immer stärkeren Konzentration der Marktmacht weniger Konzerne gekommen. Das betrifft sowohl landwirtschaftliche Inputs wie Saatgut, Düngemittel und Pestizide als auch Konzerne, die mit fertigen Lebensmitteln handeln.

So kontrollieren beispielsweise 10 Firmen 75% des weltweiten kommerziellen Saatgutmarktes mit einem (geschätzten) Gesamtumsatz von jährlich 34,5 Milliarden US-Dollar. Allein die Top 3-Firmen (Monsanto, DuPont, Syngenta) kontrollieren 53,4% des kommerziellen Saatgutmarktes. Gleichzeitig spielen diese Top 3 auch im Pestizidmarkt eine wichtige Rolle. Daher nimmt die Entwicklung von speziellem Saatgut, bei dem bestimmte Pestizide eingesetzt werden müssen, einen zunehmenden Stellenwert ein. Auch auf dem Pestizidmarkt ist die Marktmacht weniger Unternehmen sehr groß. 10 Konzerne kontrollieren 95% des weltweiten Pestizidmarktes mit einem (geschätzten) jährlichen Gesamtumsatz in Höhe von 44 Milliarden US-Dollar.⁴⁰

Im Bereich des weltweiten Handels mit Getreide und Ölsaaten sind vier Firmen, genannt die ABCD Gruppe, (Archer Daniels

Midland, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus) für schätzungsweise 75% des weltweiten Getreidehandels verantwortlich.

Auch bei Supermärkten kommt es zu einer immer weiteren Konzentration der Marktmacht bei wenigen Unternehmen. In Deutschland teilen sich zum Beispiel die fünf Supermarktketten Rewe, Edeka, Aldi, Lidl und Metro 90% des Marktes.

Die Konzentration der Marktmacht bei wenigen Unternehmen stellt eine Bedrohung sowohl für kleinbäuerliche ProduzentInnen als auch für die KonsumentInnen dar. Denn je mehr Marktanteile bei wenigen Konzernen konzentriert sind, desto leichter können sie Preise und Lieferbedingungen bestimmen. Steigende Preise für landwirtschaftliche Inputs und weniger Wahlmöglichkeit z.B. bezüglich der Gentechnikfreiheit des Saatguts sind bereits aufgetretene Probleme in einigen Regionen, wie zum Beispiel bei der Baumwollproduktion in Indien. Gleichzeitig können bäuerliche ProduzentInnen in einen Preiskampf getrieben werden – die Preise werden durch die Marktmacht der Handelskonzerne nach unten gedrückt und Bäuerinnen und Bauern sehen sich gezwungen, sich gegenseitig zu unterbieten, um ihre Produkte an den Handel verkaufen zu können.



Bayer CropScience



MONSANTO



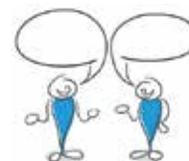
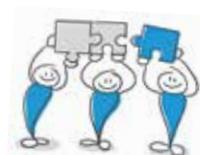
Aufgabe und Anregung für die Diskussion:

Recherchieren Sie, welche negativen Folgen die Konzentration der Marktmacht bei wenigen Konzernen hat. Diskutieren Sie darüber, was Sie selbst als KonsumentInnen dagegen tun können und was politisch getan werden sollte.

Schauen Sie sich auf youtube folgenden Kurzfilm „Agrarprofit – der Film“ (5,5 Min.) an:

www.youtube.com/watch?v=pgCD-4Q-4Wo

Tauschen Sie sich darüber aus, was die Standverkäufer mit ihrem Auftreten wohl bewirken wollten. Welche Wirkung hatten sie auf die PassantInnen tatsächlich? Wie hätten Sie wohl auf die Standverkäufer reagiert?



Recherchetipps

www.supermarktmacht.de

Publikation: Agropoly – Wenige Konzerne beherrschen die weltweite Lebensmittelproduktion.



10. Fairer Handel – was ist das?



© Visions-AD/fotolia.com



Der Faire Handel bezeichnet Handelspartnerschaften, durch die mehr Gerechtigkeit im Welthandel angestrebt wird. Diese Handelspartnerschaften werden geschlossen zwischen Genossenschaften oder Unternehmen mit sozialer und ökologischer Verantwortung in ärmeren Ländern und fairen Importorganisationen z.B. in Europa. Beide Akteure verpflichten sich zu langfristigen und partnerschaftlichen Handelsbeziehungen, mit deren Hilfe die Produktionsbedingungen vor Ort ökologisch, ökonomisch und sozial verbessert werden sollen. So werden zum

Beispiel benachteiligte ProduzentInnen gefördert und ihnen werden Mindestpreise für ihre Produkte garantiert. Auch die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen werden unterstützt. Die Prinzipien des Fairen Handels werden über verschiedene Unternehmen mit eigenen Siegeln festgelegt und durch unabhängige Institutionen kontrolliert. Es gibt inzwischen eine Vielzahl an Fair-Handels-Siegeln auf dem deutschen Markt. Das bekannteste ist das FAIRTRADE-Siegel.

Fair gehandelte Waren gibt es in Weltläden, in vielen Supermärkten und in Bioläden. Nachfragen lohnt sich!

Weitere Informationen



www.forum-fairer-handel.de

www.fairtrade.de

Brot für die Welt (2014): Was bedeutet Fairer Handel wirklich? Aktuelle Entwicklungen und Siegel im Fairen Handel verstehen

Aufgaben



Machen Sie eine kleine Umfrage innerhalb Ihres Kurses dazu, wer regelmäßig oder hin und wieder fair gehandelte Waren kauft! Welche fair gehandelten Produkte werden hauptsächlich gekauft? Recherchieren Sie, welche fair gehandelten Produkte es sonst noch gibt und wo man sie kaufen kann.

Recherchieren und diskutieren Sie: Welche Bedeutung bzw. welchen Marktanteil haben fair gehandelte Produkte im globalen Weltagrarhandel bzw. auf dem deutschen Lebensmittelmarkt? Welche Probleme gibt es? Welche Chancen sehen Sie, dass die Bedeutung fairer Handelsbeziehungen zukünftig insgesamt zunimmt – und was könnte dafür getan werden?

Ausblick: Ein anderes Agrarsystem ist möglich!

Die dargestellten Probleme der EU-Agrarpolitik und eines liberalisierten Weltagrarsystems zeigen: Es werden dringend Alternativen für eine Landwirtschaft gebraucht, die die Umwelt schont und die Existenz kleinbäuerlicher Betriebe in Nord und Süd erhält. Derartige Alternativen werden von immer mehr Akteuren aufgezeigt und praktisch erprobt.

So hat zum Beispiel der Weltagrarbericht mit Hilfe von über 400 LandwirtschaftsexpertInnen weltweit Optionen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft untersucht. Die ExpertInnen empfehlen eine Stärkung der kleinbäuerlichen, vielfältigen Landwirtschaft mit geringem Aufwand an Pestiziden und synthetischem Dünger. Wichtig sind hierbei lokale Vermarktungsmöglichkeiten, die es kleinbäuerlichen Familien auf längere Sicht ermöglichen, ihr Einkommen zu erwirtschaften. Viele ExpertInnen sind sich einig, dass die regionale und lokale Vermarktung gerade für kleine, ärmere ProduzentInnen eine sinnvollere Alternative als die Produktion für den Export darstellt. Diese Produkte müssen allerdings vor billigen Lebensmitteln aus anderen Ländern durch Zölle geschützt werden können. Daher kann ein gerechter Welthandel nur stattfinden mit entsprechend fairen Regeln, die je nach Situation der Länder ein Leben der kleinbäuerlichen Familien ermöglichen.

In Europa findet die Bewegung für eine ökologischere, sozial gerechtere Landwirtschaft immer mehr Anhänger:

- Immer mehr Menschen kaufen Bioprodukte. Der Bio-Lebensmittelmarkt wächst kontinuierlich. Nachdem

lange kritisiert wurde, dass die landwirtschaftliche Bioanbaufläche in Deutschland nicht entsprechend der steigenden Nachfrage wächst (und so immer mehr Bio-Produkte aus dem Ausland importiert werden mussten), ist 2015 auch die Bioanbaufläche in Deutschland um 4% gegenüber dem Vorjahr gewachsen und die Zahl der Biobetriebe hat um 5,7% gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

- Jedes Jahr im Januar demonstrieren zehntausende Menschen in Berlin für ein besseres Landwirtschaftssystem. Organisiert wird die Demo von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“, unterstützt von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen. Mehr Infos: meine-landwirtschaft.de/; www.wir-haben-es-satt.de
- Auch die „solidarische Landwirtschaft“ findet immer mehr AnhängerInnen. Bei der solidarischen Landwirtschaft zahlen KonsumentInnen einem landwirtschaftlichen Betrieb kontinuierlich einen festen Betrag, so dass alle Betriebskosten gemeinsam getragen werden. Alle Mitglieder eines Betriebs der Solidarischen Landwirtschaft teilen sich die Ernte. Dies verringert die Risiken von landwirtschaftlichen Betrieben, stärkt regionalen Lebensmittelkonsum und einen größeren Bezug der KonsumentInnen zur Herkunft ihrer Lebensmittel. Mehr Infos: www.solidarische-landwirtschaft.org/de

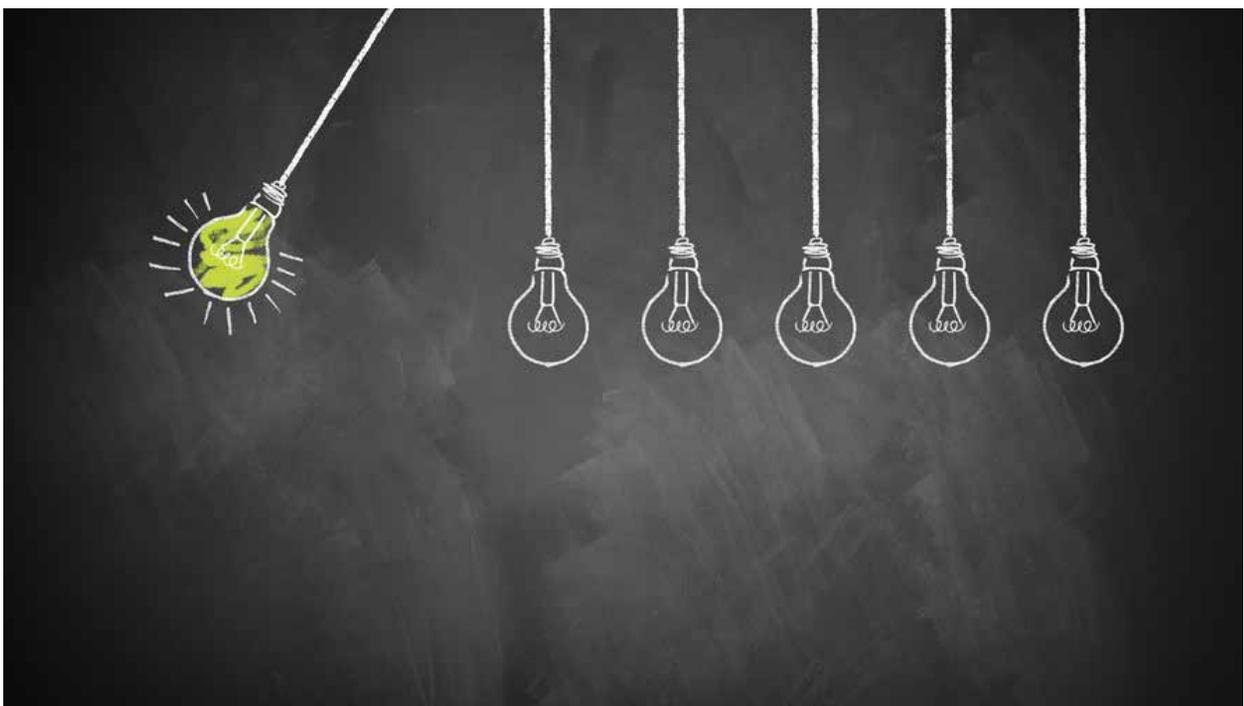


„Wir haben es satt“-Demonstration, Januar 2016, organisiert von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“, Berlin



Aktionsvorschläge

- Recherchieren Sie, ob es in Ihrer Nähe einen Betrieb gibt, der solidarische Landwirtschaft betreibt (www.solidarische-landwirtschaft.org/de/startseite/). Nehmen Sie Kontakt auf und fragen Sie, ob Sie einen Besuchstermin – zum Mithelfen und Informieren – vereinbaren können. Überlegen Sie sich im Anschluss, ob Sie selbst Mitglied bei der solidarischen Landwirtschaft werden wollen bzw. sprechen Sie mit Ihren Eltern und in der Schule darüber. Alternativ: Recherchieren Sie, ob es einen Bio-Hof in Ihrer Nähe gibt und vereinbaren Sie, wenn möglich, einen Besuchstermin. Informieren Sie sich, wie biologische Landwirtschaft funktioniert, welche Vorteile sie bietet und welche Probleme es gibt.
- Preisvergleich in Lebensmittelläden: Was kostet ein 1 kg Schweinefleisch, 1 l Milch, 6 Eier o.ä. jeweils im Discounter, im Supermarkt und im Bioladen? Informieren Sie sich (auf Etiketten und bei Angestellten in den Läden), wie und unter welchen Bedingungen die Waren produziert wurden und wie weit sie transportiert wurden. Welche Unterschiede fallen Ihnen auf? Beeinflussen diese Informationen Ihr zukünftiges Kaufverhalten?
- Suchen Sie alternative Einkaufsmöglichkeiten in Ihrer Umgebung. Wo kann man zum Beispiel Bio- und Fair-Trade-Produkte kaufen? Sprechen Sie mit Ihren Eltern, MitbewohnerInnen etc. über die Vorteile für VerbraucherInnen und ProduzentInnen. Schlagen Sie vor, dass Sie in Zukunft, soweit möglich, Bio und Fair-Trade einkaufen.
- Bestellen Sie eine Ausstellung zu agrarpolitischen Themen und stellen Sie sie in der Schul-Aula oder an einem anderen öffentlichen Ort aus. Teilen Sie Ihr gewonnenes Wissen mit Ihren Mitmenschen. Beispiele für Ausstellungen:
 - **Industrielle vs. bäuerliche Landwirtschaft:**
www.agrarkoordination.de/verleih-ausstellungen/
 - **„Mensch Macht Milch“**
www.germanwatch.org/de/mmm
- Schauen Sie sich die Homepage der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ (www.meine-landwirtschaft.de) und von foodwatch (www.foodwatch.org) an und informieren Sie sich, welche Aktionen derzeit geplant sind. Beteiligen Sie sich bei Interesse an aktuellen Aktionen.
- Schreiben Sie Ihren persönlichen Aktionsplan. Schreiben Sie auf einem DIN A 4-Papier auf, welche der in diesem Heft beschriebenen Probleme Sie persönlich besonders betroffen macht. Schreiben Sie daneben Ihre Vorsätze – was wollen Sie zukünftig als KonsumentIn tun, um nicht selbst Teil des Problems, sondern Teil der Lösung zu sein? Was wollen Sie an Ihrem Einkaufsverhalten ändern und inwiefern wollen Sie sich auch politisch für Lösungen der jeweiligen Probleme engagieren? Bewahren Sie den Aktionsplan an einem Ort auf, an dem Sie ihn regelmäßig sehen.





Filme und Bücher



"We feed the World"

von Erwin Wagenhofer und Max Annas, 2006

„Zukunft pflanzen“

von Monique Robin, ARTE 2012

„Begegnung auf der Milchstrasse“

von Jürg Neuenschwander und DVD mit Arbeitsblättern,
Lektionsmodellen: 94 Minuten, 2000/2004

„Hunger“

von Marcus Vetter und Karin Steinberger, 115 min., 2010

Felix zu Löwenstein (2011):

**Food Crash – Wir werden uns ökologisch ernähren oder
gar nicht mehr.**

Hans Weiss:

**Schwarzbuch Landwirtschaft –
Die Machenschaften der Agrarpolitik**



Materialien für den Unterricht

li.hamburg.de/globaleslernen/material/

[www.bpb.de/internationales/europa/
europaeische-union/42889/landwirtschaftspolitik](http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42889/landwirtschaftspolitik)

**Widersprüchliches zur Welternährung (2013);
Schaubilder und Arbeitsblätter; www.welthaus.de**

www.aid.de/bildung-und-schule-73.html

[www.verbraucherbildung.de/
unterrichtsmaterial/ernaehrung](http://www.verbraucherbildung.de/unterrichtsmaterial/ernaehrung)

[www.lernenaufdembauernhof.de/index.
php?id=arbeitsblaetter](http://www.lernenaufdembauernhof.de/index.php?id=arbeitsblaetter)

[www.oekolandbau.de/lehrer/
unterrichtsmaterialien/](http://www.oekolandbau.de/lehrer/unterrichtsmaterialien/)

Internetportale und Institutionen



Agrar Koordination:

www.agrarkoordination.de

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL):

www.abl-ev.de/

Brot für die Welt:

www.brot-fuer-die-welt.de/

Bund deutscher Milchviehhalter BDM:

www.bdm-verband.org

Deutscher Bauernverband e.V.:

www.bauernverband.de

Europäische Union – Politikfeld Landwirtschaft:

europa.eu/pol/agr/index_de.htm

Forum Umwelt und Entwicklung:

www.forumue.de

Germanwatch:

www.germanwatch.org

Infodienst für den fairen Handel:

www.weltundhandel.de

Kampagne „Meine Landwirtschaft“:

www.meine-landwirtschaft.de

Misereor:

www.misereor.de

Oxfam:

www.oxfam.org

Statistisches Bundesamt:

www.destatis.de und www.regionalstatistik.de

Welthandelsorganisation:

www.wto.org

Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung:

www.weed-online.org



Ein Jugendbildungsprojekt

Ein Bildungsangebot zum Thema weltweite Ernährungssicherheit

Seit 30 Jahren arbeitet die Agrar Koordination gemeinnützig in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Themenkomplex Landwirtschaft und Ernährung. Häufige Anfragen zu Themen wie Gentechnik in der Landwirtschaft, Klimawandel, Ökologischer Fußabdruck, Biologische Vielfalt, Lebensmittelverschwendung sowie EU-Agrarpolitik und Welt(agrar)handel zeigen ein wachsendes Interesse bei Jugendlichen. Dies ist kein Wunder, denn die Themen vereinigen Aktualität, brisante globale politische Zusammenhänge und direkte Auswirkungen hierzulande.

Die genannten Themenbereiche erfordern einen exemplarischen, problemorientierten und zugleich fächerübergreifenden Ansatz, um die verflochtenen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Zusammenhänge begreifbar machen zu können. Demgemäß sind in den BIOPOLI Arbeitsheften nicht nur natur- und wirtschaftswissenschaftliche Grundinformationen zu finden, vielmehr werden auch ethische und sozialwissenschaftliche Fragen aufgeworfen. Auf dieser Grundlage werden die Jugendlichen in die Lage versetzt, die Argumentationsweisen verschiedener Interessensgruppen erkennen, analysieren und bewerten zu können. Die Themen eignen sich insbesondere für die Fächer Politik, Geographie, Ethik, Biologie, Wirtschaft und Sozialkunde.

Mit den vorliegenden Heften möchten wir Menschen, die in der Jugendbildung (LehrerInnen, JugendgruppenleiterInnen etc.) tätig sind, einen Einstieg in die komplexe Thematik ermöglichen und Anregungen für den Unterricht bieten. Die Hefte ergänzen sich, können aber auch einzeln genutzt werden. Dieses Heft steht in einer Reihe von Publikationen. Weitere sind:

- Agrobiodiversität
- Gentechnik in der Landwirtschaft
- Klimawandel und Landwirtschaft
- Agrarkraftstoffe

UNSER ANGEBOT:

Dieses Heft ist ein Angebot des Jugendbildungsprojektes BIOPOLI. Wir haben einen Pool von Referenten und Referentinnen aufgebaut und geschult, die auf Anfrage gerne in Ihre Schule oder Jugendgruppe kommen. Sie führen in die Thematik ein, z.B. im Rahmen einer Doppelstunde, es können aber auch ganze Projektstage oder Projektwochen gebucht werden. Die entstandenen Hefte bieten darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten, die Themen im Unterricht weiter zu vertiefen. Diesem Ziel dienen auch Begleitmaterialien, die Sie bei uns anfordern können: Ausstellungen, Filme, Anregungen zu Rollenspielen, ein Saatgutkoffer zum Ausleihen und vieles andere. Bitte informieren Sie sich bei uns!

Das Angebot richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren.

Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne kommen unsere Referenten/innen auch in Ihre Schule oder Jugendgruppe.

Ihre
Agrar Koordination



IMPRESSUM:

Autorinnen:

Julia Sievers-Langer
Sandra Blessin
Ursula Gröhn-Wittern

Redaktion:

Julia Sievers-Langer
Sandra Blessin
Christin Jensen



Herausgeber:

Agrar Koordination &
Forum für Internationale Agrarpolitik e.V.
(FIA)

Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel.: 040-39 25 26
Fax: 040-39 90 06 29

Email: info@agrarkoordination.de

Internet: www.agrarkoordination.de



Spendenkonto:

Forum für internationale Agrarpolitik e.V.
GLS Bank
IBAN DE29 4306 0967 2029 563500
BIC GENODEM1GLS

FIA e.V. ist der Trägerverein der
Agrar Koordination. Spendenquittungen
können ausgestellt werden.

Copyright 2016

Layout und Druck:

Druckerei in St. Pauli, Hamburg

Mit finanzieller Unterstützung von:



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



KATHOLISCHER
FONDS
STIFTUNG



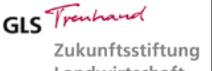
NUE
NORDDDEUTSCHE STIFTUNG
FÜR UMWELT UND ENTWICKLUNG



Software AG
Stiftung



STIFTUNG
GEKKO



GLS Treuhand
Zukunftsstiftung
Landwirtschaft

Wir danken für die freundliche Unterstützung!

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein
verantwortlich.

Icons im Heft: © schinsilord/fotolia.com

ISBN 978-3-9813497-8-8

September 2016